

Inhalt:

Konzept für kommunistische Betriebszeitungen

Thesen der Bolschewistischen Initiative: Streik- und Kampfkomitees

Rote Gewerkschaftsopposition-Politik und die Frage der Gründung Roter Gewerkschaften

Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ und die Erfahrungen für KommunistInnen heute

Sozialpartnerschaft statt Klassenkampf: DGB ... gestern und heute – Akteur des kapitalistischen Systems

Thesen: DGB ... gestern und heute – Akteur des kapitalistischen Systems

Thesen: Kommunistische Partei und Gewerkschaft

Konzept für kommunistische Betriebszeitungen

Kampf für den Sozialismus

Die Betriebszeitung (BZ) hat das Ziel, den Sozialismus in die Arbeiterklasse hineinzutragen bzw. mit ihr zu verbinden. Dabei vertritt sie konsequent den Klassenstandpunkt und entlarvt bürgerliche Ideologien und Ansichten in der Arbeiterbewegung. Außerdem stellt sich die BZ die Aufgabe, gegen den Opportunismus und Revisionismus zu kämpfen, um die fortschrittlichen ArbeiterInnen unter dem Banner des Bolschewismus zu vereinigen.

Die Verbindung des Tageskampfes mit dem Kampf um Befreiung des Proletariats

Ausgehend vom Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital entlarvt die BZ die Angriffe des Kapitals in dem jeweiligen Betrieb, entwickelt Widerstand und Kampf dagegen. Dabei wird der betriebsspezifische Kampf im Sinne der Erreichung der Gesamtinteressen des Proletariats geführt. Der konkrete Kampf in einem Betrieb dient also als Ausgangspunkt der Mobilisierung der Belegschaft, den Kampf des Proletariats BRD-weit um seine Befreiung voranzubringen.

Kampf gegen Ökonomismus

Die BZ kämpft gegen den Ökonomismus der Gewerkschaften. Sie verbindet den Kampf für

allgemeine ökonomische Forderungen mit dem politischen Kampf für den Sturz der Lohnsklaverei. Die BZ entlarvt den Verrat der Gelben Gewerkschaften und kämpft gegen die Machenschaften der Arbeiteraristokratie, die die ArbeiterInnen an das bürgerliche System bindet. Nicht raus, sondern hinein in die Gewerkschaften. Nicht Abwendung und Verzögerung vom Klassenkampf, sondern Ausnutzung der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf. Ein effektives Mittel gegen das Abwürgen von Arbeitskämpfen sind Kampf- und Streikkomitees.

Einheit der Arbeiterklasse schaffen

Die BZ kämpft für die Solidarität und Einheit der Werktätigen. Sie kämpft gegen alle Spaltungsversuche der Bourgeoisie, vor allem gegen die Spaltung in Arbeiter und Angestellte, Erwerbstätige und Erwerbslose, Festangestellte und Zeitvertrügler/Leiharbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter und Alt und Jung.

Die BZ kämpft gegen die doppelte (im Betrieb und im Haushalt) Ausbeutung der Arbeiterinnen. Sie kämpft gegen die Ausbeutung durch das Kapital und gegen männer-chauvinistisches Verhalten der männlichen Kollegen im Betrieb, um die Spaltung zwischen Männern und Frauen zu überwinden. Eine wichtige Forderung hierbei ist nach wie vor: "Gleicher Lohn, für gleiche Arbeit!"

Die BZ kämpft gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus und deutschen Chauvinismus. Sie kämpft gegen die Spaltung in Deutsche und Migranten.

Der Nationalismus der Migranten ist zum großen Teil ein Ergebnis der Diskriminierung und Ausgrenzung durch den deutschen Chauvinismus. In diesem Sinne bekämpft die BZ aber untergeordnet auch den Nationalismus der Migranten.

Internationale proletarische Solidarität

Die BZ deckt die internationalen Machenschaften des deutschen Imperialismus auf und solidarisiert sich mit den Werktätigen und unterdrückten Völkern der abhängigen Länder.

Schaffung von Betriebszellen

Die BZ ist ein Mittel um revolutionäre Betriebszellen zu schaffen, die eine umfangreiche und umfassende Arbeit entfalten. Vorrangig spricht sie die fortschrittlichsten ArbeiterInnen an. Die Schaffung von Stammtischen und eines politischen Umfelds, Gewinnung von Mitarbeitern für die Zeitungsredaktion, Organisation von revolutionären Vertrauensleuten, Betriebsräten und ArbeiterInnen sind Mittel des revolutionären Klassenkampfes.

Periodische Erscheinung

Will die BZ von den ArbeiterInnen ernst genommen werden, so muss sie in regelmäßigen Abständen erscheinen. Das beweist ihre Verlässlichkeit und ihre Ernsthaftigkeit, mit der sie an die Arbeiterklasse herantritt.

Sprache und Form

Die BZ achtet darauf, dass ihre Sprache verständlich ist und nicht abgehoben. Komplizierte Sachverhalte sollten möglichst einfach erklärt werden. Bilder, Witze, Rätsel, Gedichte, eine Figur Gewerkschaftsfunktionär und eine Figur kämpferischer Arbeiter lockern den Text auf.

BetriebsarbeiterInnen um Trotz Alledem

Thesen der Bolschewistischen Initiative: Streik- und Kampfkomitees - Hebel im Kampf der ArbeiterInnenklasse

1) Erfahrung der Arbeiterbewegung

Der Sieg der Oktoberrevolution 1917 beeinflusste und revolutionierte weltweit die ArbeiterInnenbewegung. In Deutschland entwickelten sich in den Klassenkämpfen nach dem Ende des 1. Weltkrieges, gegen den Reformismus der SPD dominierten Gewerkschaften, revolutionäre Kampfmittel.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung schuf Kampforgane wie Betriebsräte, Fabrikkomitees, unabhängige Streikleitungen und vorbereitende Kampfausschüsse. Die Kampf- und Streikkomitees erwiesen sich als schlagkräftigste Organisationsform.

Ziel war, den Kampf der Arbeiter, den Streikkampf selbständig, gestützt auf die gesamte Belegschaft in den Betrieben und gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaften, gegen Kapital und Staat vorzubereiten und zu führen.

Die Streik- und Kampfkomitees wurden in offenen Wahlen auf Betriebsversammlungen gebildet. Alle ArbeiterInnen, organisierte gleich welcher Partei- oder Gewerkschaftszugehörigkeit und unorganisierte, wählten ihre Vertreter. Das Streik- und Kampfkomitee war voll rechenschaftspflichtig und jederzeit durch eine Betriebsversammlung abwählbar. Die

Kampfforderungen und die Kampfmittel wurden auf Betriebsversammlungen abgestimmt.

In den 60er und 70er Jahren nahm die Arbeiterbewegung in Westdeutschland einen starken Aufschwung. In unabhängig von den reaktionären DGB-Gewerkschaften organisierten Streiks (Septemberstreiks 1969, Pierburgstreik 1973, Ford-Streik 1973) wurden von den Gesamtbelegschaften eigene Streikleitungen, Streik- und Kampfkomitees gebildet, die entscheidend für die Schlagkräftigkeit der Streikbewegungen waren.

2) Unsere Aufgaben heute im Klassenkampf

Als Kommunistische Organisation, die zu Beginn des Aufbaus der Bolschewistischen Partei in Deutschland steht, hat die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit einen zentralen Platz in der praktischen Tätigkeit. Die Vorhut des Proletariats zu gewinnen ist das Ziel. Die ArbeitergenossInnen in den Betrieben und in den Gewerkschaften richten ihre Arbeit an diesem Ziel aus. Die Verbindung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung steht dabei an erster Stelle. Mit Propaganda in Flugblättern, Zeitungen und Betriebszeitungen, mit unserem Auftreten und Einsatz vor Ort geben wir kommunistische Antworten auf die Fragen der kämpfenden Kolleginnen und Kollegen.

3) Streik- und Kampfkomitees heute Hebel im Klassenkampf

+ Der Offensive des Kapitals setzen die DGB-Gewerkschaften nur Rückzugsgefechte entgegen. Sie

enden immer im faulen Kompromiss für die ArbeiterInnen und in steigenden Gewinnen für die Konzerne. Der Ausverkauf unserer Rechte wie Lohnerhöhungen, menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzung durch die DGB-Gewerkschaften usw. führt zur Passivität und Resignation unter den ArbeiterInnen.

In unserer Betriebsarbeit propagieren wir das Kampfmittel der Streik- und Kampfkomitees als Hebel zur Durchsetzung der Forderungen der ArbeiterInnen. Streik- und Kampfkomitees sind ein Hebel um den ökonomischen Kampf mit dem politischen zu verbinden. + Die ArbeiterInnen eines Betriebs/eines Konzerns üben durch Streik- und Kampfkomitees direkte Demokratie gegen Staat, Kapital, verräterische Gewerkschaften und klassenversöhnlerische Betriebsräte aus. Die Front von Gewerkschaften, Unternehmern und Staat bekämpft Streik- und Kampfkomitees als ungesetzlich. Die Bildung von Streik- und Kampfkomitees muss dementsprechend listig und umsichtig erfolgen.

+ Streik- und Kampfkomitees sind kein ständiges Organ sondern entstehen in einer konkreten Aktion bzw. Streik. Nach dem Ende eines Kampfes lösen sie sich auf.

Die Bildung von Streik- und Kampfkomitees bedeutet nicht die Gewerkschaften zu spalten. Durch sie wird Druck von der Basis, von den gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten ArbeiterInnen aufgebaut und die Interessen im Kampf konsequent eingefordert. Aufgabe ist, die eigenständigen

Klasseninteressen gegen die DGB-Gewerkschaften und deren Co-Management Politik durchzusetzen. Sie sind keine Parallelorganisationen zu den Gewerkschaften.

+ Das konkrete Programm der Streik- und Kampfkomitees muss für jede Fabrik und für jeden Streik entwickelt und in der Arbeiterklasse der Betriebe verankert werden. In den Aktionen bei DaimlerChrysler Untertürkheim und Opel/Bochum 2004 hat sich gezeigt: die Bereitschaft unabhängig den Kampf zu führen hängt stark von einer langjährigen Arbeit fortschrittlicher Betriebsräte, Vertrauensleute und einer organisierten Opposition im Betrieb ab. Was aber nicht heißt, dass Streik- und Kampfkomitees nicht auch spontan entstehen können.

4) Organisation / Aufbau und Aufgaben von Streik- und Kampfkomitees

Das Aktionsmotto ist: „Wir nehmen unseren Kampf in die eigenen Hände“.

+ Organisation / Aufbau

- Schaffung eines Kampfkomitees: Alle Arbeiter und Angestellten wählen das Komitee auf Betriebsversammlungen, die innerhalb oder ausserhalb der Fabriken organisiert werden.

- Alle haben das Recht zu diskutieren und entscheiden in offener Abstimmung demokratisch mehrheitlich.

- Das Kampfkomitee kann jederzeit abgesetzt werden.

- Widersprüche im Kampfkomitee werden durch die Betriebsversammlung durch Abstimmung geklärt.

- Die Betriebsversammlung entscheidet über die Beendigung des Streiks / des Kampfes.

+ Aufgaben von Streik- und Kampfkomitees

- Nichtgesetzliche Streiks durch zulässige Aktionen einleiten: z.B. Einforderung der Informationspflicht der Unternehmensleitung, oder Betriebsbesichtigungen.

- Aktiv alle ArbeiterInnen und Angestellte in die Organisation der Streiks einbeziehen. Arbeitsgruppen bilden die für Aktionen, Informationsmaterial, Versorgung usw. verantwortlich sind.

- Ständig Informationen über den Verlauf der Aktionen, über Verhandlungen und Abschlüsse geben.

- Kernforderungen für alle und spezielle Forderungen für Leiharbeiter, Frauen, Migranten und Jugendliche aufstellen.

- Alle Mittel des Widerstandes einsetzen gegen Aussperrung, Streikbrechertum und für die Durchsetzung der Forderungen: Von Werk-Blockaden, Demonstrationen, Protestaktionen an öffentlich wirksamen Orten bis hin zu militanten Betriebsbesetzungen.

- Die finanzielle Unterstützung organisieren. (Streikkasse, Organisation von Solidaritätsaktionen, Spendenaufrufe, etc.) Offene von allen einsehbare Rechnungsführung.

- Öffentlichkeitsarbeit machen um das Meinungsmonopol der Presse zu durchbrechen. Informationen an alle Betriebe des gleichen Konzerns geben, sowie an alle anderen Betriebe, an Gewerkschaftsnetzungen, Wohnbevölkerung und Presse.

- Den Arbeitskampf/Streik europaweit und international öffentlich machen und zur Solidarität aufrufen. Bei

internationalen Konzernen Kontakte mit den Betrieben in allen Ländern aufbauen und sich gegenseitig solidarisch unterstützen. Sich nicht gegenseitig ausspielen lassen!

- Praktische Unterstützung für den Streik, wie Streikposten stehen, von den Lebenspartnern, Familien der KollegInnen, von ArbeiterkollegInnen anderer Betriebe im Umfeld, von fortschrittlichen Massenorganisationen, organisieren.

Thesen: Die RGO (Rote Gewerkschaftsopposition)-Politik und die Frage der Gründung Roter Gewerkschaften

1. Die Kommunistische Internationale (KI) und die Rote Gewerkschaftsinternationale entwickelten seit ihrer Gründung eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik. Ein organisatorisches Instrument dieser richtigen Politik war die Bildung der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) in den 20er Jahren. Ausgehend von der historischen und aktuellen Situation der Arbeiterbewegung jedes Landes wurden Bedingungen festgelegt, wann diese Organisationsform einzusetzen ist, wie: Offensive des Klassenkampfes, selbständige Kampffaktionen der Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei, massenhafter Ausschluss kämpfender ArbeiterInnen aus den reaktionären Gewerkschaften.

Die RGO-Politik der KI und der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) war vor allem für Kommunistische Massenparteien entwickelt worden.

2. Die RGO-Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die sich im Kampf sowohl gegen rechte wie linke Fehler entwickelte, hatte wichtige Erfolge.

Zentrale Aufgaben der RGO waren:

- alle oppositionellen Kräfte in den gelben Gewerkschaften zu sammeln und als organisierte Kraft gegen die Gewerkschaftsbürokratie aufzutreten
- die aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen ArbeiterInnen nicht unorganisiert zu lassen
- die erwerbslosen ArbeiterInnen, denen die Gewerkschaften strikt die Mitgliedschaft verweigerten, zu organisieren
- die unorganisierten und von den reaktionären Gewerkschaften enttäuschten ArbeiterInnen zu erfassen.

Das Ziel war, die Interessen der Arbeiterklasse gegen das Kapital zu verteidigen und den Verrat der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie und -bonzen zu bekämpfen.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) legte ihre ganze Kampfkraft darein selbständige Kampf- und Streikbewegungen auch gegen die Gewerkschaftsführungen durchzusetzen. Die Massen sollten so dem Einfluss der Agenten des Kapitals entzogen und der revolutionäre Klassenkampf vorwärts getrieben werden. Auf dem 1. Reichskongress der RGO in Deutschland 1929 wurde betont, dass es sich bei der Herausbildung der RGO nicht um die Gründung neuer Gewerkschaftsverbände handele.

3. Die RGI und die KI verteidigten unter bestimmten Voraussetzungen die Notwendigkeit, noch vor der Revolution, Rote Gewerkschaften zu bilden, um die Millionenmassen der ArbeiterInnen im Kampf gegen das Kapital führen zu können. Die KommunistInnen sind für

die größt mögliche Gewerkschaftseinheit. Aber wenn die reaktionären Gewerkschaften ihre Macht nur durch die Spaltung der Gewerkschaften aufrechterhalten können, ist es richtig, unter bestimmten Bedingungen zur Gründung von „Roten Gewerkschaften“ überzugehen. Der 5. RGI-Kongress 1930 bekräftigte, dass durch den ständigen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie „in einer Anzahl Länder Verhältnisse herbeigeführt (wurden), unter denen in einzelnen Fällen der Aufbau neuer revolutionärer Gewerkschaften notwendig war und auch weiterhin notwendig sein wird.“ Es wird jedoch vor einer „mechanischen Schaffung neuer Gewerkschaften, die den klassenbewußtesten Teil der Arbeiterklasse von der breiten Arbeitermasse trennen würde“ gewarnt und die Gründung neuer Gewerkschaften nur dann als richtig angesehen, wenn der Klassenkampf eine große Schärfe angenommen hat und das wahre Gesicht der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in den Augen eines Großteils der ProletarierInnen entlarvt ist.

4. Ausgehend von den Erfahrungen und Grundsätzen der Gewerkschaftspolitik der KI und der RGI legen wir unsere heutigen Aufgaben fest. Die KommunistInnen in der BRD stehen heute nicht vor der Aufgabe, eine RGO zu bilden, noch gar eine Rote Gewerkschaft zu gründen. Heute sind die dafür notwendigen Bedingungen nicht gegeben. Unsere heutige Hauptaufgabe ist der Aufbau der Kommunistischen Partei und dabei befinden wir uns in der 1. Phase. Unsere kommunistische Betriebs- und

Gewerkschaftsarbeit ist ein Grundpfeiler um die Avantgarde des Proletariats für diese Aufgabe zu gewinnen. Das Ziel unserer Arbeit in den heutigen Gewerkschaften in der BRD ist es kommunistische, revolutionäre Fraktionen zu schaffen. Für die KommunistInnen in der BRD steht die Gründung einer „RGO“ erst unter Voraussetzungen an, wie: die Kommunistische Partei hat bedeutenden Masseneinfluß erlangt, die Arbeiterbewegung ist in der Offensive, die reaktionären Gewerkschaften greifen zu Massenausschlüssen usw. Die Bildung neuer Roter Gewerkschaften ist keinesfalls prinzipiell abzulehnen. Entsprechend dem Stand der Klassenkämpfe kann es richtig und notwendig sein, Rote Gewerkschaften zu gründen.

Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ und die Erfahrungen für KommunistInnen heute

Der 1. Weltkrieg und die Gründung der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale

Der imperialistische 1. Weltkrieg brachte den proletarischen und werktätigen Massen Tod, Hunger, und Verelendung. Das führte zum Hass der Werktätigen auf den bürgerlichen Staat aber auch auf die opportunistischen Parteien der II. Internationale, die sich kurz vor und während des Krieges auf die Seite ihrer jeweiligen Bourgeoisie gestellt hatten und ihre Kriegspolitik aktiv unterstützten.

Gleichzeitig gab es einen neuen Weltentwurf: Die Revolution in Russland und die Gründung der sozialistischen Sowjetunion. Die Arbeiterklasse hatte die Macht ergriffen und das imperialistische Kriegsgemetzel beendet. Diesem Beispiel folgend kam es vielerorts zur Gründung von Sowjets/Arbeiterräten. So in Deutschland, Ungarn, Italien. Die ArbeiterInnen und Werktätigen erkannten zunehmend, dass sie sich organisieren müssen, wollen sie etwas erreichen. In allen Ländern strömten die ArbeiterInnen in Massen in die Gewerkschaften. Die Mitgliedszahlen in den

Gewerkschaften nahmen rasant zu. So wuchsen die Mitglieder in Deutschland zwischen 1913 und 1919 von 4 Millionen auf 11 Millionen an; in England von 4 auf 8 Millionen; in Frankreich von 1 auf 1,5 Millionen; in Italien von 1 auf 2 Millionen. Der Einfluss der kommunistischen Organisationen und Parteien auf die Werktätigen erweiterte sich stark, aber mehrheitlich standen die breiten Massen noch unter dem Einfluss der sozialdemokratischen oder zentristischen Parteien. Der rechte Opportunismus, die Sozialdemokratie war nach wie vor ideologischer Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung. Als Reaktion auf den Verrat des Opportunismus entwickelte sich innerhalb der Arbeiterbewegung der Anarchismus. Die „Linken“ innerhalb der Kommunistischen Bewegung kämpften angeblich radikal gegen die Opportunisten. Aber tatsächlich führten sie keinen ausreichenden Kampf, da sie den Einfluss der Revisionisten innerhalb der Arbeiterbewegung völlig ignorierten. Sie lehnten die Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften rundweg ab. Sie forderten „Raus aus den Gewerkschaften“ und isolierten sich von den sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitermassen. Während die Reformisten sich auf den wirtschaftlichen Kampf für Reformen beschränkten und selbst diesen verrieten, sich immer mehr der Bourgeoisie anbiederten und deren Interessen verfochten, verwarfen die Linken den wirtschaftlichen Kampf insgesamt. Weil die Opportunisten schlechte Führer waren, lehnten die Linken überhaupt die Notwendigkeit von Führern der Arbeiterbewegung ab. Weil faule Kompromisse gemacht wurden, stellten sie

sich gegen jeglichen Kompromiss. Sie lehnten die Arbeit im Parlament, ebenso wie in den reaktionären Gewerkschaften ab.

Gegen diese Abweichung wurde von Lenin und dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale (KI) auch ein ideologischer Kampf geführt. In seiner Schrift „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus“ entlarvte Lenin diese „linken“ Thesen. Er betonte, dass die KommunistInnen immer dort arbeiten und kämpfen müssen, wo die Massen sind. Wollen wir sie für die Revolution gewinnen so müssen wir unbedingt dort arbeiten wo die Massen organisiert sind, also auch unbedingt in den reaktionären Gewerkschaften.

„Gerade die 'absurde Theorie', wonach sich die Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften nicht beteiligen dürfen, zeigt am deutlichsten, wie leichtfertig sich diese 'linken' Kommunisten zur Frage der Beeinflussung der 'Massen' verhalten und wie sie mit ihrem Geschrei von den 'Massen' Missbrauch treiben. Will man der 'Masse' helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der 'Masse' erwerben, so darf man sich nicht fürchten vor Schwierigkeiten, darf man sich nicht fürchten vor den Schikanen, den Fußangeln, den Beleidigungen und Verleumdungen seitens der 'Führer' (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in den meisten Fällen direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei in Verbindung stehen) und muss unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind.“ (Lenin, Bd. 31, S. 38)

Der II. Kongress der Kommunistischen Internationale erklärte zur Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften und den Bestrebungen eigene, rote Gewerkschaften zu gründen:

„In Anbetracht des Hineinströmens gewaltiger Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in Anbetracht des objektiven revolutionären Charakters des wirtschaftlichen Kampfes, den die Massen im Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie führen, müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewusste Kampforgane zum Sturz des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. Sie müssen die Initiative zur Bildung von Gewerkschaften ergreifen, wo diese noch nicht existieren. Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu durch außergewöhnliche Vergewaltigungsakte seitens der Gewerkschaftsbürokratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentralen) oder durch ihre engherzige aristokratische Politik, die der Masse der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisation versperrt, genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht die fortgeschrittensten, die klassenbewusstesten Arbeiter von den Massen zu trennen, die sich auf dem Wege zum Kommunismus befinden, und diese Massen an die opportunistischen Führer auszuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände

arbeiten.“ (Der I. und II. Kongress der KI, Berlin 59, S. 222, 1920)

So wie Lenin stellte sich auch der II. Kongress der KI eindeutig und hart gegen die Linksabweichler, die die Notwendigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften nicht begriffen haben. Denn das Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung führte dazu sich von den Massen, die sich auf dem Weg zum Kommunismus befinden, zu trennen und sie „an die opportunistischen Führer auszuliefern.“ Kommunisten sollten Gewerkschaften bilden, nur wenn es keine gab. Besondere, Rote Gewerkschaften sollten nur in Ausnahmefällen gebildet werden und nur dann, wenn die KommunistInnen durch die Gewerkschaftsbürokratie dazu genötigt wurden.

1920 wurde in Moskau auch die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) gegründet. Sie war der Zusammenschluss der Gewerkschaften der Sowjetunion und aller revolutionären Gewerkschaften und Gewerkschaftsoppositionsbewegungen der Welt. In der Resolution des ersten Kongresses der RGI wird die Überwindung der Bürokratie in den Gewerkschaften und ihre Umgestaltung zu bewussten Organen der Revolution als Ziel gesetzt. Die RGI war ein Gegengewicht zu der reformistischen opportunistischen Amsterdamer Internationale. Sie zeigte auf, dass es keine Unparteilichkeit der Gewerkschaften geben kann. Gewerkschaften sollten parteiisch sein, das heißt für den Sturz der Bourgeoisie und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats eintreten. Die Aufgabe der RGI war es, für dieses Ziel der Gewerkschaften zu kämpfen.

Innerhalb der reformistischen Gewerkschaften sollte die Gewerkschaftsbürokratie entlarvt und die Arbeiter für den Kommunismus gewonnen werden. Im Unterschied zu heute war damals der reformistische Gewerkschaftsapparat jedoch noch nicht vollständig mit dem bürgerlichen Staatsapparat verschmolzen. Es bestand nach wie vor die Möglichkeit den Gewerkschaftsapparat nach Verjagung der Gewerkschaftsbürokratie zu erobern. So wurde 1927 von A. Losowski, Vorsitzender der RGI, der Kampf für eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale als Ziel der RGI gestellt. „Die Losung, einen Weltkongress einzuberufen und die Amsterdamer Internationale sowie die RGI in einer einheitlichen Internationale aufgehen zu lassen, bleibt nach wie vor bestehen“.

Der 3. Kongress der RGI 1924 bekräftigte die Notwendigkeit der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Der Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer in den revolutionären Kämpfen in Deutschland führte zu massenhaften Austritten aus dem ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund). Die „Linken“ innerhalb der KPD, Fischer und Maslow förderten mit ihrer ablehnenden Haltung zur Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften diese Tendenzen noch. Selbständige Gewerkschaften hatten sich gebildet, konnten jedoch nicht größere Zahlen von ArbeiterInnen organisieren. (Der Bauarbeiterverband hatte 1924 18.000 Mitglieder) 1925 wurden auf der Tagung des 5. erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) Thesen „Über die Bolschewisierung der Parteien

der KI“ verabschiedet. Auch hier wurde ein Kampf gegen Linksabweichungen geführt. „Die Abweichung in der Frage der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften bergen die größten Gefahren für die Sache der wirklichen Bolschewisierung unserer Parteien in sich. Die Gewerkschaften bilden in der ganzen kapitalistischen Welt die wichtigste Form der Massen (Gesamt) Organisation des Proletariats ... Sich dem Glauben hinzugeben, die Kommunisten könnten im Rahmen des Kapitalismus neben den Gewerkschaften irgendeine andere Massenform der Arbeiterorganisation improvisieren – heißt den Boden der Wirklichkeit verlassen.“ (Die RGO Bd. 1, S. 68 ff)

Der 10. Parteitag der KPD schloss die „linke“ Gruppe Fischer/Maslow 1925 von der Parteiführung aus. 1926 waren 80% der Parteimitglieder wieder Mitglied in den Gewerkschaften. Nachdem sich bislang der Kampf der KI und der RGI hauptsächlich gegen die vorherrschenden linken Abweichungen richtete, entwickelten sich nun im Kampf gegen linke Abweichungen auch rechte Abweichungen. Eine zentrale Losung der Rechten war „Zwingt die Bonzen“. Es wurde die Theorie vertreten „Die Aufgaben der Kommunisten sei es die Gewerkschaftsbürokratie zum Kampf zu 'stoßen'“ (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, RGO, Bd. 1, S. 192). Das bedeutete, die Gewerkschaftsbürokratie versuchen zu zwingen, eine nichtreformistische Politik zu verfolgen. Aber dort, wo das nicht möglich war, sollte nicht weitergegangen werden. Denn wenn die kommunistischen, revolutionären ArbeiterInnen die

Gewerkschaftsbürokratie nicht zum Streik bewegen konnten, sollten sie selbst auch keinen führen, sondern sich den Beschlüssen dieser Bürokratie unterordnen um nicht zu spalten.

Auf dem 10. Plenum der EKKI 1929 wurde die Einschätzung getroffen, dass der Klassenkampf unaufhörlich anschwillt. Eine Linksentwicklung der Arbeiterklasse wurde verzeichnet (RGO, Bd. 1, S. 218). Charakteristisch war die stetig zunehmende Aktivität der unorganisierten ArbeiterInnen. Das heißt, der Großteil der an den Kämpfen beteiligten ArbeiterInnen waren nicht Gewerkschaftsmitglieder sondern Unorganisierte. Das alles führte zur Krise der reformistischen Gewerkschaftsbewegung (S. 221). Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie ging in den sich zuspitzenden Wirtschaftskämpfen voll und ganz auf die Seite der Großbourgeoisie über (S. 222). Der reformistische Gewerkschaftsapparat verwandelte sich zu einem Organisator des Streikbrechertums (S. 222). An die KommunistInnen stellte diese neue Entwicklung auch neue Anforderungen. Wie sollten die gewerkschaftlich unorganisierten ArbeiterInnen, die jedoch die Hauptkraft der Kämpfenden waren, organisiert werden? Nach Einschätzung des EKKI war der Hauptfehler der KommunistInnen die „Unterschätzung der Radikalisierung der Massen“. (S. 226) In dieser Situation wurde Ende November/Anfang Dezember 1929 die RGO – Revolutionäre Gewerkschaftsopposition – in Deutschland gegründet.

Die Gründung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und Roter Gewerkschaften

Die Aufgabenstellung der RGO war, die aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen ArbeiterInnen nicht unorganisiert zu lassen. Sie sollten zusammen mit den arbeitslosen ArbeiterInnen, die die Gewerkschaften zu organisieren ablehnten, und den unorganisierten ArbeiterInnen zusammengefasst und unter revolutionärer Führung organisiert werden. Die in der RGO organisierten Arbeiter sollten gemeinsam mit den oppositionellen Arbeitern, die innerhalb der reaktionären Gewerkschaften arbeiteten, gegen die sozialfaschistische Bürokratie und ihre Versuche die Kämpfe der ArbeiterInnen zu verhindern und abzuwürgen einen Kampf führen. Die Massen sollten dem Einfluss der Kapitalsagenten entzogen und die revolutionäre Bewegung vorwärtsgetrieben werden. Das politische Ziel war selbständige und unabhängige Lohnkämpfe und Streiks mit den breiten Arbeitermassen zu führen auch gegen die ADGB-Führung. Auf dem Reichskongress der RGO von 1929 wurde betont, dass es sich nicht um die Gründung neuer Gewerkschaftsverbände handele. Insgesamt nahmen 1122 Delegierte an dem 1. Kongress der RGO teil. Davon waren 759 ADGB Mitglieder, 152 Ausgeschlossene und der Rest waren Unorganisierte. Politisch waren von den Delegierten 754 KPD

Mitglieder, 53 KJVD (Kommunistischer Jugendverband), 3 SPD Mitglieder und ein Linkskommunist.

Die Schaffung neuer Roter Gewerkschaften und der Ausbau der RGO

In der 1930 als Kursmaterial vom ZK der KPD herausgegebenen Schrift „Die Strategie und Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ hieß es nicht mehr, dass es nicht um die Gründung neuer Gewerkschaften geht, sondern „Die RGO ist noch keine neue Gewerkschaft, sondern eine feste, organisatorische Zusammenfassung und breites Sammelbecken aller auf dem Boden der Revolutionären Gewerkschaftsopposition stehenden Arbeiter“. (S. 458-459)

Die KPD erklärte, dass die RGO schon heute „eine ganze Reihe gewerkschaftlicher Funktionen“ ausübe. Was die Entwicklungsperspektive der RGO zu neuen Gewerkschaften betreffe, bezog sich die KPD auf den 5. RGI Kongress, der die Gründung neuer Gewerkschaften dann als möglich ansah, „wenn die Streikwelle im Steigen begriffen ist, (nur) dort, wo der Klassenkampf eine große Schärfe angenommen hat, wo bedeutende Massen des Proletariats die verräterische Rolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bereits eingesehen haben und die Schaffung eines neuen Verbandes aktiv unterstützen.“

Der 5. RGI Kongress ging vielschichtig an die Frage des „Aufbaus neuer revolutionärer Gewerkschaften“ heran.

Prinzipiell lehnte er dies nicht ab. Er betonte, dass zwar einerseits ein „rücksichtsloser Kampf gegen die Spaltungspolitik der sozialfaschistischen Führer der reformistischen Gewerkschaften“ geführt werden muss, aber andererseits auch die Ansichten in den eigenen Reihen widerlegt werden müssen, die „die Notwendigkeit des Aufbaues selbständiger Gewerkschaften nicht einsehen wollen, selbst in Fällen, wo ein Verzicht der Revolutionäre auf die Spaltung, Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung, Verzicht auf die Organisierung des am meisten ausgebeuteten Teiles des Proletariats bedeuten würde“ (S. 361). Er führte aus, dass durch den ständigen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie „in einer Anzahl Länder Verhältnisse herbeigeführt (wurden), unter denen in einzelnen Fällen der Aufbau neuer revolutionärer Gewerkschaften notwendig war und auch weiterhin notwendig sein wird.“ Es wird jedoch vor einer „mechanischen Schaffung neuer Gewerkschaften, die den klassenbewusstesten Teil der Arbeiterklasse von der breiten Arbeitermasse trennen würde“ gewarnt. Die Gründung neuer Gewerkschaften wurde nur dann als richtig angesehen, wenn der Klassenkampf eine große Schärfe angenommen hat, und das wahre Gesicht der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in den Augen eines Großteils der Proletarier entlarvt war.

Im Oktober 1930 wurde der erste Rote Industrieverband „der Einheitsverband für die Metallarbeiter Berlins“ (EVFMB) in Deutschland gegründet. Auf dem 2. Reichskongress der RGO, am

15./16. November 1930 wurde diese Gründung euphorisch begrüßt. „Der Berliner Metallarbeiterstreik der einen Wendepunkt für den weiteren Gang der Klassenkämpfe in Deutschland bedeutet und eine neue Etappe der Arbeit der RGO durch die Gründung des roten Metallarbeiterverbandes, des Einheitsverbandes der Metallarbeiter, einleitet, hat einen starken Widerhall bei allen Arbeitern, bei allen Ausgebeuteten gefunden. ...Die Schaffung des roten Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im Feuer des Massenstreiks und bei Zustrom großer Massen zur RGO, die den Verrat der reformistischen Bürokratie erkannten und mit großer Begeisterung die Gründung des roten Verbands unterstützte zeigt der deutschen Arbeiterklasse die Linie der weiteren Entwicklung der RGO und den Weg zur Schaffung der roten Industrieverbände“. (S. 78)

In der darauffolgenden Zeit werden in verschiedenen Dokumenten rechte und linke Abweichungen in der Gewerkschaftsarbeit selbstkritisch festgestellt. Die rechte Abweichung war, grob zusammengefasst, dass sich die in den reformistischen Gewerkschaften verbliebenen Genossen still verhalten und möglichst nicht auffallen und keine über die Forderungen der Gewerkschaftsbürokratie hinausgehenden Forderungen aufstellen sollten. Wirtschaftskämpfe und Streiks sah sie nur dann als erfolgreich an, wenn die Gewerkschaftsführung diese führte.

Als linke Fehler wurden bezüglich der RGO Politik und der Gründung neuer roter Verbände die „Aufgabe und teilweise sogar Liquidierung der Fraktionsarbeit, (in den reformistischen Gewerkschaften)“, die „falsche und

übereilte Gründung von roten Verbänden“ (S. 177) kritisiert. Auch linkssektiererisches Verhalten gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern (sie als „kleine Zörgiebels“, identisch mit der Gewerkschaftsführung anzusehen) wurde selbstkritisch mehrfach zurückgewiesen.

In verschiedenen Dokumenten wurde immer wieder hervorgehoben, dass es notwendig ist, den Kampf um die Wiederaufnahme Ausgeschlossener in die reformistischen Gewerkschaften zu führen. (z.B. S. 234) Es wurden die „sektiererischen Bestrebungen nach schematischer Gründung eigener Gewerkschaften ohne Massenbasis“ kritisiert. (S. 457)

Die Streichung der Losung „Hinein in die freien Gewerkschaften“ wurde zwar einerseits von dem 5. Kongress der RGI bestätigt, gleichzeitig wurde aber auch der „schärfste Kampf gegen die Einstellung der revolutionären Arbeit in den reformistischen Verbänden und gegen den freiwilligen Austritt“ gefordert. (S. 457)

Die Broschüre „Die RGO – ihre Aufgaben, ihr Aufbau“, verabschiedet von der Reichskonferenz der RGO im November 1930 legt umfassend das Programm und die Aufgaben der RGO fest. (Siehe dazu unser Schulungsmaterial in drei Heften unserer Broschürenreihe „Sozialismus! Schulung! Theorie!“. Wir haben darin den Originaltext „Die RGO“ nachgedruckt und kommentiert.)

Selbstkritische Korrekturen in der RGO-Politik der Komintern

In dem Rechenschaftsbericht des 7. Weltkongresses 1935 wurde eine Selbstkritik zu der RGO Politik vorgelegt. Es heißt hier: „Diese Politik der Reformisten erforderte eine organisatorische Festigung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, vor allem in Deutschland und Polen. Tatsächlich wurden in den Jahren 1928 und 1929 einige Erfolge erzielt. Aber gleichzeitig wurde dabei wieder ein sektiererischer Fehler gemacht, indem die RGO in neue Gewerkschaften verwandelt wurde und sich damit von der Hauptmasse der Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften isolierte. Ein anderer Fehler bestand noch darin, dass unsere Sektionen in anderen Ländern diesen Beschluss der KPD mechanisch übernahmen, ohne dabei die ganz anders geartete, konkrete Lage ihres Landes zu berücksichtigen.“ (S. 35)

Des weiteren wurde in diesem Rechenschaftsbericht die Einschätzung des Straßburger Kongresses der RGI als linkssektiererisch und über das Ziel hinauschießend abgelehnt: „Vor allem gilt es, in den eigenen Reihen die Unterschätzung der Kräfte des reformistischen Gewerkschaftsapparates und die Furcht vor selbständigen Aktionen der Arbeiterschaft ohne und gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie zu überwinden“. Richtig sei, dass der Anspruch der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, alleine über Wirtschaftskämpfe zu bestimmen, gebrochen werden müsse.

Eine weitere Selbstkritik wurde zu Fehlern im Kampf gegen die Brandlersche Losung „Zwingt die Bonzen“, die rechtsopportunistisch war, gemacht.

Linkssektiererisch sei es auch gewesen, wie der KI Standpunkt gegen diese Losung durch die KPD und in anderen Ländern ausgelegt wurde. Diese begriffen den Kampf gegen die Losung „Zwingt die Bonzen“ so, als ob man überhaupt keinen Druck auf die reformistische Gewerkschaftsbürokratie durch die Mitgliedermassen ausüben dürfe. Sie beteiligten sich deswegen auch überhaupt nicht mehr an Streikbewegungen, die von den reformistischen Gewerkschaftsführern geleitet wurden.

Losowski führt in der Diskussion auf dem VII. Weltkongress aus:

„Wir haben uns durch die Erfahrung davon überzeugt, daß die RGO Deutschlands in der damaligen Zeit und für Deutschland entschiedene positive Seite aufzuweisen hatte, daß dieser Typ jedoch heute nicht als Vorbild für die Organisierung unserer Kräfte innerhalb der reformistischen Gewerkschaften zu dienen vermag. In fast allen Ländern ist die alte Form der RGO bereits liquidiert, jedoch die Frage der Formen und Methoden des Zusammenschlusses unserer Kräfte bleibt nach wie vor offen. Jede Partei hat sich zu überlegen, welches die besten elastischen Formen der Organisierung der Verbindung zwischen allen linken Elementen der Gewerkschaften sind, die am besten für den jeweiligen Industriezweig und für das jeweilige Land in Frage kommen.“ Auch diese Einschätzung ist nicht als eine Ablehnung der RGO Politik insgesamt zu verstehen, sondern nur für die veränderten neuen Bedingungen.

Die Selbstkritik auf der Brüsseler Konferenz der KPD von 1935

Auf der Brüsseler Konferenz der KPD 1935 unterzog Genosse Pieck die RGO Politik der KPD einer vertiefenden Selbstkritik. Über die Stärke/Schwäche der RGO sagte er: „Die RGO hatte 160.000 Mitglieder und die roten Verbände 95.000 Mitglieder. Sie sind niemals über die Zahl der Parteimitglieder hinausgekommen. Das trifft auch auf die revolutionäre Gewerkschaftspresse zu, die eine Höchstauflage von 183.500 Exemplaren erreichte“. („Die Brüsseler Konferenz der KPD“, S. 69)

Pieck sagt weiter: „Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wurde von unseren Genossen immer mehr in eine Gewerkschaft verwandelt, wodurch unsere Arbeit in den freien Gewerkschaften noch mehr beengt wurde. So richtig es war, dass wir die von der Gewerkschaftsbürokratie aus den Verbänden ausgeschlossenen Gewerkschaftskollegen zusammenfassten, um gemeinsam mit den oppositionellen Arbeitern in den Gewerkschaften für die Wiederaufnahme zu kämpfen, so falsch war es, aus diesen Organisationen der Ausgeschlossenen rote Verbände zu machen. Wir haben uns damit die Schaffung der Einheitsfront mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern sehr erschwert.“ (S. 107-108)

Die bislang verfolgte Gewerkschaftspolitik wurde grundsätzlich als falsch hingestellt, wenn es da heißt

„Als nach Aufrichtung der Hitlerdiktatur die ersten Versuche zu einer richtigen Gewerkschaftspolitik auftauchten und an die Kommunisten und RGO-Anhänger Aufforderungen zum Eintritt in die freien Gewerkschaften gerichtet wurden, nahm das Zentralkomitee in einem Beschluss vom August 1933 dagegen Stellung“. (S. 108)

„Mit der von uns herausgegebenen Losung der Schaffung ‘unabhängiger Klassengewerkschaften’ setzten wir die alte, sektiererische Linie fort, anstatt die RGO-Gruppen und die roten Verbände in den neu aufgebauten freigewerkschaftlichen Gruppen aufgehen zu lassen.“ (S. 109)

„Gegen die Beschlüsse des EKKI-Präsidiums vom Juli 1934, in denen die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der freien Gewerkschaften klar formuliert war, bestanden auch in der Parteiführung sehr starke sektiererische Bedenken. In der ‘Roten Fahne’ wurde diese Losung anfänglich verschwiegen und dann durch die sektiererische Losung ‘Erst Aktionseinheit, dann Gewerkschaftseinheit’ ersetzt.“ (S. 109)

„Der Abschluss von Einheitsfrontabkommen wird sehr erleichtert werden, wenn wir Kommunisten den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären von Anfang an zu erkennen geben, dass wir sie als völlig gleichberechtigte Kameraden bei dem Abschluss der Abkommen und bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben respektieren und dass wir uns mit ihnen über die von ihnen geäußerten Wünsche und Vorschläge verständigen wollen.“ (S. 110)

Für uns ist diese Selbstkritik nicht überzeugend. Vorwegschicken wollen wir, dass wir es selbstverständlich richtig finden, dass sich die Taktik in der Gewerkschaftspolitik durch den Machtantritt des Hitlerfaschismus verändern musste. Es ist überzeugend und richtig, dass die Politik der Einheitsfront – von unten und von oben – unter der Hitlerdiktatur neu ausgerichtet und bestimmt werden musste. Unter den veränderten Bedingungen des umfassenden faschistischen Terrors, der die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in die totale Illegalität verbannte, war klar, dass eine RGO-Politik wie unter einer bürgerlich-demokratischen Herrschaft nicht einfach weiter zu verfolgen war.

So wird die Diskussion von Pieck aber nicht geführt. Es wird gesagt, dass es falsch war die RGO in eine besondere eigene Gewerkschaft zu verwandeln. Das wird als linkssektiererisch hingestellt. Aber warum war das falsch? Die Begründung ist unzureichend und teils, unserer Meinung nach, auch falsch.

War die Politik falsch, weil die Bedingungen dafür noch nicht reif waren, weil die Linksentwicklung innerhalb der Arbeiterklasse, die stetig zunehmende Aktivität der unorganisierten ArbeiterInnen euphorisch überschätzt wurden? War es so, dass die geforderten Voraussetzungen für die Bildung neuer Gewerkschaften: Aufschwung der Streikwelle, starke Zuspitzung des politischen Kampfes, Entlarvung des sozialimperialistischen Wesens der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in den Augen bedeutender Massen des Proletariats, Unterstützung bei der Bildung

neuer Gewerkschaften durch die Massen, nicht ausreichend vorhanden waren? Dass also zu früh, zu voreilig und überstürzt rote Verbände gegründet wurden? Wenn wir berücksichtigen, dass Pieck sagte, dass die Zahl der Mitglieder in den Roten Verbänden, die der Parteimitglieder nicht überschritten hat, dann könnte das als Grund gesehen werden. Aber Pieck sagte nicht klar: Die Linie der RGI zur RGO und zur Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften war grundsätzlich richtig. Unter bestimmten Bedingungen ist es richtig und notwendig die Gewerkschaften zu spalten und neue rote Gewerkschaften zu bilden. Der Fehler bei uns war, dass wir diese Politik verfolgt haben, als die Bedingungen noch nicht reif waren. Er ließ offen, ob er grundsätzlich gegen die Bildung roter Gewerkschaften ist oder nur in der damaligen konkreten Situation. In einer Hinsicht legte er nahe, dass er diese Politik grundsätzlich ablehnte: „Als nach Aufrichtung der Hitlerdiktatur die ersten Versuche zu einer richtigen Gewerkschaftspolitik auftauchten...“ So als sei die bisherige Gewerkschaftspolitik grundsätzlich falsch gewesen. Wie hätte denn nach Pieck eine richtige RGO Politik aussehen sollen??? Dazu wird nichts gesagt.

Unverständlich ist bei dieser Selbstkritik auch, warum nun nicht mehr von „reaktionären Gewerkschaften“, von „reformistischen Gewerkschaften“, von „Gewerkschaftsbürokratie“ sondern von nur noch von den „freien Gewerkschaften“ geredet wird. Der Begriff der „freien Gewerkschaften“ galt für die sozialdemokratisch dominierten ADGB-Gewerkschaften,

(die vom Hitlerfaschismus bei seinem Machtantritt zerschlagen wurden) die sich selbst so bezeichneten. War die frühere Einschätzung der Gewerkschaften falsch gewesen oder nicht? Wenn nicht, was hat sich an dem Charakter der Gewerkschaften geändert. Klar, es wird gesagt die Hitlerdiktatur wurde errichtet und sie hat auch die Sozialdemokraten und Gewerkschafter verfolgt. Aber hat das den Charakter der Gewerkschaften rückwirkend geändert??

Zusammengefasst ist unsere Position:

1. Die RGO Politik zum Zusammenschluss von Ausgeschlossenen und von den nicht in Gewerkschaften Organisierten, sowie den innerhalb der reaktionären Gewerkschaften arbeitenden oppositionellen ArbeiterInnen war richtig.

2. Kommunisten sind nicht prinzipiell gegen die Spaltung der reaktionären, reformistischen Gewerkschaften. Insofern ist prinzipiell auch die Gründung von „Roten Gewerkschaften“ nicht abzulehnen, wenn entsprechende Bedingungen dafür da sind. (Bedingungen wurden richtig von der RGI aufgestellt)

3. Es zeigte sich, dass es falsch war, die Bildung eigener revolutionärer Gewerkschaften in Deutschland Anfang der 30er Jahre auf die Tagesordnung zu setzen, da die Bedingungen dafür noch nicht reif waren. Die

Gründung von einzelnen kleineren Roten Verbänden, wie der erste Rote „Einheitsverband für die Metallarbeiter Berlin“ 1930, hatte nicht dazu geführt, die in den reformistischen Gewerkschaften organisierten ArbeiterInnen und die Unorganisierten zu mobilisieren, auf revolutionäre Positionen zu ziehen, sondern hat die kommunistischen Arbeiter von ihnen distanziert, und sie dem Einfluss der Reformisten überlassen. Die Selbstkritik auf dem VII. Kongress der KI war richtig.

4. Die Selbstkritik der KPD zur RGO- und Gewerkschaftspolitik auf dem Brüssler Parteitag, der Gründung von eigenen Gewerkschaften war nur teilweise richtig. Diese Selbstkritik beinhaltet zentrale Fehler. Tendenziell wird die gesamte Gewerkschafts- und RGO-Politik komplett als falsch eingeschätzt und über Bord geworfen. Es wird nicht klargestellt, was eine richtige RGO-Politik gewesen wäre. Es wird offen gelassen, ob die Gründung neuer roter Gewerkschaften prinzipiell möglich und richtig ist oder nicht.

Die MLPD und die RGO-Politik

Die MLPD kritisiert die RGO-Politik der KPD in Deutschland in den 20'er Jahren, die sie nicht nur im historischen Rückblick, sondern insgesamt ablehnt.

„Die Bildung der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) war darum anfänglich nur eine lose Zusammenfassung der aus den

Gewerkschaften Ausgeschlossenen. Das war richtig und notwendig, um diese revolutionäre Kraft zusammenzuhalten. Durch die Einbeziehung von Unorganisierten in die RGO und Organisierung ökonomischer Kämpfe unter Führung der RGO bekam diese jedoch eine festere Organisationsform. („Gewerkschaften und Klassenkampf“, Willi Dickhut, S. 54) Die RGO-Politik der KPD in der Weimarer Republik und der KPD/ML, KPD in den 70'er Jahren des 20. Jahrhunderts wird generell von der MLPD abgelehnt: „Die RGO-Politik behindert diese Arbeit und muss deshalb verworfen werden.“ („Gewerkschaften und Klassenkampf“, Willi Dickhut, S. 151) Die oppositionelle Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften organisatorisch in einer RGO zusammenzufassen, verwerfen sie völlig als gewerkschaftsschädigend und lehnen sie unter allen Umständen des Klassenkampfes ab. Auch das ist eine rechte Position. Unter klar umrissenen Voraussetzungen ist eine RGO-Politik, unserer Meinung nach, richtig und notwendig, um innerhalb der reaktionären Gewerkschaften eine organisierte Opposition zu schaffen, die verbunden ist mit von den Gewerkschaften Ausgeschlossenen und den unorganisierten Schichten der ArbeiterInnenbewegung. Selbstverständlich kann die RGO-Politik der KPD aus den 20er Jahren nicht 1:1 auf heute übertragen werden. Aber die Grundzüge dieser Politik sind richtig. Weiterhin kritisiert die MLPD die Gründung der roten Gewerkschaften Ende der 20er Jahre und verallgemeinert: „Gegen alle Spaltungsversuche der

Bourgeoisie muss die Einheit der Gewerkschaftsbewegung verteidigt werden.(...) Die gemeinsamen Klasseninteressen verlangen die Einheit der Gewerkschaften. Es ist grundfalsch, aus den Gewerkschaften auszutreten oder dahin zu wirken, eigene rote Gewerkschaften zu organisieren.“ („Gewerkschaften und Klassenkampf“, Willi Dickhut, S. 58) Die konkrete Ablehnung der Bildung neuer Gewerkschaften zu dem damaligen gegebenen Zeitpunkt ist richtig. Die MLPD geht aber noch weiter und lehnt die Bildung Roter Gewerkschaften vor der sozialistischen Revolution prinzipiell ab. Für die MLPD ist die Einheit der Gewerkschaften unter allen Bedingungen notwendig, und die Organisierung eigener Roter Gewerkschaften immer grundfalsch. Das ist eine rechte Abweichung der MLPD. Sie sehen nicht, dass die Einheit der Gewerkschaften eine taktische Frage, und unter bestimmten Bedingungen ihre Spaltung notwendig und für die Revolution vorwärtstreibend ist.

Sozialpartnerschaft statt Klassenkampf: DGB ... gestern und heute – Akteur des kapitalistischen Systems

Die in Bad Godesberg 1959 und in Düsseldorf 1963 verabschiedeten Programme der SPD und des DGB waren weithin sichtbare Belege für die Ankunft der deutschen Arbeiterbewegung in der bürgerlichen Gesellschaft.“

(Zur Geschichte des DGB, www.dgb.de)

Das ist die Selbstdarstellung des DGB in seinem geschichtlichen Rückblick. Mit dieser Aussage vereinnahmt er auch die ganze ArbeiterInnenbewegung und unterstellt, dass sie in dem System der bürgerlichen Gesellschaft, im Kapitalismus ankommen wollte. Schauen wir aber näher auf die Geschichte nach dem II. Weltkrieg, die Situation des zerschlagenen Nazi-Deutschlands und die der ArbeiterInnenbewegung, kommen wir zu einem ganz anderen Ergebnis. Die Entwicklung Westdeutschlands und der Aufbau des DGB wurden von den imperialistischen Siegermächten, allen voran der USA vorgegeben und entscheidend mitbestimmt. Von den ersten gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen an, haben die reaktionären westlichen Gewerkschaftsführer – mit Unterstützung der westlichen Imperialisten – darauf hingearbeitet, den Kampf der demokratischen, antifaschistischen und kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeiter für eine

demokratische Neuordnung der Wirtschaft, für die Enteignung und Verstaatlichung der Industriekonzerne und Monopole, ins Leere laufen zu lassen. Der Charakter des DGB war von Beginn an gelb und reaktionär. Er handelte und handelt im Interesse des Kapitals.

In diesem Artikel beleuchten wir die Situation direkt nach dem II. Weltkrieg, gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, die Gründung und Entwicklung des DGB. Abschließend stellen wir unsere Kurzthesen zum DGB zur Diskussion.

Auf die Entwicklung und die politische Einschätzung der Einzelgewerkschaften und ihre Rolle innerhalb des DGB gehen wir nicht näher ein. Diese zusätzlich zum DGB zu beurteilen würde den Rahmen des Artikels sprengen. Aber eines ist klar: Der DGB als Dachverband der Gewerkschaften, ist nur das Spiegelbild seiner Einzelgewerkschaften. Ohne die aktive Unterstützung seiner Einzelgewerkschaften wäre der Dachverband DGB nicht in der Lage, systemkonform zu handeln. Es gibt sicherlich historische und für den konkreten Gewerkschaftskampf bedeutsame Unterschiede zwischen den Einzelgewerkschaften. Aber in ihren Grundfesten stehen sie alle auf dem selben Boden der Klassenversöhnung mit dem Kapital.

Die Errungenschaften der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem II. Weltkrieg, die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen sind Ergebnis des Kampfeswillens der ArbeiterInnen trotz der DGB-Politik. Viele klassenbewusste gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen haben in all den Jahrzehnten

seit dem II. Weltkrieg dafür gestritten und sich dem Kapital entgegengestellt. Der DGB hat sich in diesen Kämpfen nur damit profiliert, ihnen die Spitze abzubrechen und die Sozialpartnerschaftsdienste für die Kapitalisten zu erbringen. Dass der DGB mit Staat und Kapital zusammenarbeitet, ändert nichts an der Tatsache, dass in verschiedenen Auseinandersetzungen durch den Kampfwillen der Werktätigen verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen errungen und Verschlechterungen abgewehrt wurden.

Situation nach dem II. Weltkrieg

Nach der Zerschlagung der Nazi-Herrschaft 1945 wurde Deutschland von den Siegermächten in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die Regierungsgewalt lag bei den einzelnen Besatzungsmächten der jeweiligen Zone. Auf der Potsdamer Konferenz beschlossen die Siegermächte Deutschland zu entnazifizieren und die militärisch-industrielle Industrie abzubauen.

Schon im Herbst 1945 wurde deutlich, das Konzept der westlichen Besatzungsmächte (England, Frankreich und USA) lief darauf hinaus Deutschland sowohl als Pufferzone gegen die sozialistische Sowjetunion, als auch politisch und wirtschaftlich wiederaufzubauen. Eine Großmacht sollte Deutschland aber vorerst nicht werden. Der US-Imperialismus nahm seinen Kampf um die wirtschaftliche und militärische Weltvorherrschaft auf – den Kampf gegen den Kommunismus. Darin sollte Deutschland eine wichtige strategische Rolle spielen.

Die weitere Entwicklung Westdeutschlands und der Aufbau des DGB wurden so von den imperialistischen Siegermächten, allen voran der USA vorgegeben und entscheidend mitbestimmt.

Wiederaufbau der Gewerkschaften

Schon zum Teil vor der Kapitulation, am 8. Mai 1945 begannen sich klassenkämpferische, antifaschistische, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterinnen und Arbeiter zusammenzuschließen und in den Betrieben eine gewerkschaftliche Organisation aufzubauen.

Mit strengen Auflagen, die in jeder Besatzungszone unterschiedlich waren, wurde dann kurz nach Ende des II. Weltkriegs offiziell die Gründung von Einzelgewerkschaften gestattet. Der Wille nach einer Einheitsgewerkschaft, mit Untergliederung in Industriegewerkschaften (ein Betrieb – eine Gewerkschaft), stieß, mit dem Vorwand der Erfahrungen des Hitler-Faschismus, auf den entschiedenen Widerstand der westlichen Militärverwaltungen. Sie wollten keinen zentralen starken Gewerkschaftsverband, sondern verlangten einen Aufbau von unten nach oben – Orts-, dann Länderebene und zum Schluss zonenweit.

“Man war der Ansicht, dass bei einer langsamen Reorganisierung der Gewerkschaften in Deutschland das offenbare Risiko, dass diese Organisationen durch Kommunisten übernommen werden, wesentlich

verringert, wenn nicht ganz ausgeschaltet würde.“ (“Der erzwungene Kapitalismus – Klassenkämpfe in den Westzonen 45-48“, (Ute Schmidt und Tilmann Fichter, S. 8) Marshall Montgomery: “Die Russen unterstützten die Gewerkschaften, ich beschloss, das nicht zu tun. Ich war zwar sehr dafür, dass sie (die Gewerkschaften a.d.R) den Verhältnissen entsprechend wachsen sollten, aber dagegen, dass sie forciert würden. Dafür hoffte ich zu erreichen, dass im Laufe der Zeit aus ihren eigenen Reihen die richtigen Leute an die Spitze kamen. Gingen wir jedoch zu schnell vor, so bestand die Gefahr, dass sie in falsche Hände gerieten und daraus Schwierigkeiten entstanden.“ (Deppe, Müller, Pickshaus, Schleifstein, “Einheitsgewerkschaft – Quellen, Grundlagen, Probleme“, S. 25)

Fritz Tarnow (1) forderte: „Wir müssen dies (den Aufbau von Einheitsgewerkschaften, A.d.V.) um jeden Preis zu verhindern trachten, da es den Kommunisten die Möglichkeit geben würde, die Gewerkschaften zu beherrschen. Daher müssen wir jetzt mit den britischen und amerikanischen Stellen die geeigneten Vorkehrungen treffen, damit wir so schnell wie möglich zurückkehren können, um die Entwicklung anti-kommunistischer Gewerkschaften zu leiten. Wir dürften auf die Mitarbeit der Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem wie in unserem Interesse liegt.“ (Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, S 93)

Ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre aus der Weimarer Republik vornehmlich vom reaktionärsten Flügel der

Sozialdemokratie erhielten mit der Unterstützung der westlichen Siegermächte immer größeren Einfluss.

In der sowjetischen Zone wurde der zentralistische Aufbau gefördert und bereits im Juni 1945 das Recht zur Vereinigung in Gewerkschaften gegeben. Im Februar 1946 wurde der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) gegründet.

Mit der Genehmigung der Gründung von Einzelgewerkschaften wurde auch in den westlichen Besatzungszonen die Bildung von Wirtschaftsverbänden zugelassen. (2)

Neben dem Aufbau der Gewerkschaften kämpfte die ArbeiterInnenklasse für eine konsequente Entnazifizierung. Insbesondere die Aktionen und Streiks der Bergarbeiter sorgten dafür, dass Nazis entweder nicht eingestellt oder Direktoren und leitende Angestellte entlassen wurden. Aus Protest reduzierten sie die Förderleistung auf 1/3 oder beschlossen überhaupt nicht einzufahren. So streikte Im November 1945 streiktendie Belegschaft eines Thyssen-Zweigwerkes gegen den Nazi-Direktor – drei Monate später wurden sie entlassen.

Noch bevor der Alliierten Kontrollrat das Betriebsrätegesetz (3) für alle vier Besatzungszonen am 10.04.1946 erlassen hatte, wählten die ArbeiterInnen Betriebsräte und organisierten Konferenzen und Veranstaltungen.

Die Ruhrrevierkonferenz der Betriebsräte aller Gruben des Ruhrgebietes erklärte am 14.11.1945:

„Die Bergarbeiter wissen, dass der Bergbauverein, die Thyssen, Klöckner, Krupp und alle Aktionäre, die

Geldgeber der NSDAP waren. ... Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergarbeiter die Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung in Münster:" (Rot Front, Nr. 5, Januar 1998, S. 32/33)

Bei den ersten offiziellen Betriebsratswahlen 1946 wurden als Betriebsräte hauptsächlich Kommunistinnen und Kommunisten sowie sozialdemokratische ArbeiterInnen gewählt – 38% aller Betriebsratsmitglieder gehörten der KPD an. In einzelnen Betrieben übernahmen die Betriebsräte und die Gewerkschaften die Wiedereingangssetzung der Fabriken und organisierten die Versorgung der Bevölkerung.

Die aktive antifaschistische Betriebsratspolitik, das Anwachsen der Einflussnahme der KommunistInnen, war für die westlichen Siegermächte und auch für die rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer eine Bedrohung. Die ArbeiterInnen forderten die Enteignung und Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.

Bei einer Probeabstimmung im Februar/März 1947, in 7 Schachtanlagen, stimmten mehr als 92% der Bergarbeiter für die entschädigungslose Enteignung der Kohlenkonzerne. (a.a.O. S. 34)

Das hessische Betriebsrätegesetz vom 31.05.1948, in dem der § 30 Abs. 1 vorsah, dass "der Betriebsrat berufen sei, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit dem Arbeitgeber in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen

mitzubestimmen," wurde von der amerikanischen Militärregierung kurzerhand ausgesetzt.

Auch wenn immer wieder die Gewerkschaften die "Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum" forderten, so waren die Ziele der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre von Beginn an auf Mitbestimmung im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung abgestellt. So erklärte Hans Böckler (4) auf der 1. Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone, Hannover, im März 1946 bereits "Wir müssen in der Wirtschaft selber als völlig gleichberechtigt vertreten sein, nicht nur in einzelnen Organen der Wirtschaft, nicht in den Kammern der Wirtschaft allein, sondern in der gesamten Wirtschaft. Also, der Gedanke ist der: Vertretung in den Vorständen und Aufsichtsräten der Gesellschaften". (Michael Schneider "Kleine Geschichte der Gewerkschaften – Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute", S. 247)

Diesem Grundsatz entsprechend nahmen die Gewerkschaftsführer bereits 1947 das Angebot auf Mitbestimmung der Montanindustrie-Kapitalisten, als diese enormen Druck von Demontage- Enteignungs- und Entflechtungsdrohungen von Seiten der Besatzungsmächte ausgesetzt waren, an. Sie kämpften lieber mit der Bourgeoisie zusammen gegen die Demontage, als für die Überführung der Betriebe in Gemeineigentum.

Streiks und Massendemonstrationen

In den Jahren 1946/1947 kam es zu Massenkämpfen für Lohn und Brot, für die Enteignung und Entmachtung der Konzernherren, für die zumindest antifaschistische-demokratische Umgestaltung. Einen Höhepunkt hatte die Bewegung am 3. April 1947 mit einem 24-stündigen Streik der Bergarbeiter, an dem sich über 300.000 Arbeiter des Ruhrgebietes beteiligten unter der Losung "Die Gruben in des Volkes Hand!" (Deppe, Dokumente und Bilder von Gerhard Prätorius, a.a.O., S. 179) Tausende ArbeiterInnen anderer Industriezweige schlossen sich an. Die zuständigen Gewerkschaftsbürokraten stellten sich gegen die Streiks und versagten jede Unterstützung.

Die Gewerkschaften in der amerikanischen Zone wandten sich 1947 mit einer Erklärung gegen derartige Proteste: "Streiks sind kein geeignetes Mittel zur Verbesserung der Ernährungslage". Den Siegermächten gegenüber gaben sie zu bedenken, "dass im Falle weiterer Kürzungen die bisherige Ruhe und Disziplin in der Arbeitnehmerschaft nicht mehr gewährleistet sei". (Michael Schneider, a.a.O., S. 250)

Immer wieder wurde von den ArbeiterInnen der Generalstreik gefordert. Hans Böckler wehrte diese Forderung auf einer Funktionärskonferenz des DGB Nordrhein-Westfalen ab: "Aber wenn nun auch immer wieder der Gedanke auftaucht: Generalstreik, dann muss ich mich und müssen sich mit mir alle Verantwortlichen fragen, welches soll der Zweck sein

und was kann im günstigsten Fall als Ergebnis herauskommen. Glücklicherweise haben die meisten unserer Kollegen in Nordrhein-Westfalen bislang begriffen, und sie werden es auch fernerhin feststellen, dass der größte Streik uns auch nicht ein einziges Korn, ein einziges Brot bringt." ("Die deutschen Gewerkschaften seit 1945", Dieter Schuster, S. 25)

Die Kämpfe und Streiks der ArbeiterInnen rissen aber nicht ab. So waren die Gewerkschaften von der Basis gezwungen am 12. November 1948 zu einem Generalstreik aufzurufen: Gegen die Preissteigerungen bei gleichzeitigem Lohnstopp, den die Besatzungsmächte angeordnet hatten. Am Generalstreik nahmen von insgesamt 11,7 Millionen Werktätigen 9,25 Millionen Arbeiter und Angestellte teil.

Die Arbeiterbewegung hatte klare demokratische Forderungen, die ihre Lebens- und Kampfbedingungen größtmöglich verbessern sollten. In mehreren Landesverfassungen wurden aufgrund der Kämpfe der ArbeiterInnen die Enteignung und Verstaatlichung der Industrieunternehmen verankert. So stimmten z.B. bei der Volksabstimmung über die Landesverfassung von Hessen 1946, 76,6% der Bevölkerung für die gesamte Verfassung, die u.a. die "Anerkennung des Streikrechts (Art 29) und Verbot der Aussperrung; gesetzliche Verankerung des acht-Stunden-Tages (Art 31); soziales, personelles und wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte (Art 37); Verbot der monopolistischen Zusammenballung (Art 38); Enteignung von Grundbesitz (Art 42)" enthielt.

Aufgrund eines Befehls von General Clay musste der Art 41 der Landesverfassung "Sozialisierung", gesondert abgestimmt werden. 72% der hessischen Bevölkerung sprachen sich für die Verstaatlichung aus! Die amerikanische Militärregierung verfügte kurzerhand mit Mitteilung vom 6.12.1946 die Suspendierung und damit die endgültige Eliminierung des Art. 41 (Ute Schmidt und Tilmann Fichter, S. 32). Das Sozialisierungsgesetz von Nordrhein-Westfalen wurde 1948 ebenfalls suspendiert.

Die US-amerikanische Besatzungsmacht machte deutlich: derart weitreichende Entscheidungen mussten verhindert und einem künftigen gesamtdeutschen Parlament (nach den Wunschvorstellungen der westlichen Besatzer zusammengesetzt) vorbehalten werden.

Um den anwachsenden und starken Einfluss der Kommunisten und Antifaschisten in den neuentstandenen gewerkschaftlichen Organisationen aufzuhalten und zurückzudrängen, setzten die westlichen Mächte auf den Aufbau von systemtreuen Gewerkschaften in ihrem kapitalistischen Interesse. Dafür unterstützten sie die rechtsten und reaktionärsten Flügel der SPD-Gewerkschafter. Vielfach wurden auch führende Gewerkschafter von den Westalliierten, insbesondere von den USA, z.B. unter Druck gesetzt, um Kampfaktionen zu unterbinden. (Frank Deppe, a.a.O. S. 31)

Der DGB wurde von Beginn an mit finanzieller und materieller Unterstützung der westlichen Imperialisten aufgebaut. Die Struktur und die politische Ausrichtung

wurde von ihnen vorgegeben. Ab 1947 wurden die gemäßigten, antikommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre in Westdeutschland durch die USA, vor allem durch die amerikanische Gewerkschaft AFL (diese erhielt erhebliche Gelder und Aufträge durch den CIA), massiv gefördert. Viktor Agartz (linkssozialdemokratisch): "Millionensummen flossen in Schulungsheime, in die Gewerkschaftspresse und in zahllose Bücher und Broschüren". (Frank Deppe, a.a.O., S. 31)

Im Gegensatz zu den westlichen Besatzungszonen wurde in der sowjetischen die Volksabstimmung über eine Landesverfassung umgesetzt. So z.B. das Votum in Sachsen, wo 77,6% der Wähler einer Sozialisierung zugestimmt haben.

Interzonenkonferenzen

Trotz den Beschränkungen durch die westlichen Besatzungsmächte versuchten die fortschrittlichen Gewerkschafter – aus unterschiedlichen Interessen – eine Zusammenarbeit über die Zonengrenzen hinweg zu organisieren, für die Einheit der ArbeiterInnenklasse, für die Einheit Deutschlands. Von 1946 bis 1948 fanden Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften aller vier Besatzungszonen statt. Ziel war es, den Zusammenhalt der Organisationen zu sichern, programmatisch-politische Grundsatzfragen zu klären und die Teilung Deutschlands zu verhindern. Schwerpunkt war die Frage einer antifaschistischen-demokratischen

Neugestaltung der Wirtschaft. So beschloss die IV. Interzonenkonferenz vom 6. bis 8. Mai 1947 in Garmisch-Partenkirchen „Als die größte Massenorganisation im deutschen Volke sind sich die Gewerkschaften ihrer besonderen Verantwortung für den Wiederaufbau des neuen demokratischen Deutschland bewusst. Daraus ergibt sich für sie Recht und Verpflichtung, ihre Auffassung und auch Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Dieses neue Deutschland muss auf gesichertem demokratischen Fundament erbaut werden und der Welt Garantien für ein friedliches Zusammenleben mit den anderen Völkern bieten. ... Die Gewerkschaften machen aber darauf aufmerksam, dass für die Sicherung der Demokratie und des Friedens ausreichende Lebensmöglichkeiten und eine soziale, dauernde Befriedung aller Schaffenden die wichtigsten Voraussetzungen sind. Um diese Voraussetzungen in Deutschland zu schaffen, müssen die ökonomischen Verhältnisse neu geordnet werden. Dazu gehört:

1 . Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der baldigst die politische folgen muss.

2. Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft. Vergesellschaftung der für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute.

3. Errichtung eines zentralen deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung und Aufbau eines Systems von Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. In diesen Organen sowie bei der Kontrolle des zentralen Amtes müssen die Gewerkschaften in voller Gleichberechtigung vertreten sein.

4. Die Erhöhung der Industrieproduktion Deutschlands für den friedlichen Bedarf über den vom Kontrollrat vorgesehenen Umfang hinaus, um die Versorgung des deutschen Volkes zu verbessern und die Wiedergutmachungsansprüche erfüllen zu können. Die Demontage von Industrieanlagen, die hierzu dienen können, muss eingestellt werden.

5. Die Aufstellung und Durchführung eines Export- und Importplanes sowie die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft mit dem Ziele, die wirtschaftliche Selbständigkeit Deutschlands wiederherzustellen. Größere Auslandskredite für Rohstoffe und Lebensmittel sind auf absehbare Zeit dazu notwendig.

6. Die Durchführung einer Bodenreform in Verbindung mit der Aufstellung eines einheitlichen Landwirtschaftsplanes, zur restlosen Bebauung und besseren Ausnutzung der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Mitwirkung von Selbstverwaltungsorganen der Landwirtschaft unter angemessener Beteiligung der Gewerkschaften ist dabei sicherzustellen. Die Erfassung der für die

Volksernährung notwendigen Agrarprodukte muss nach einem einheitlichen Ablieferungsplan mit einer durchgreifenden Kontrolle der Durchführung gewährleistet werden.

7. Die Durchführung einer einheitlichen Währungs- und Finanzreform für ganz Deutschland nach erfolgter wirtschaftlicher Einheit. Mit der Reform muss ein gerechter Lastenausgleich unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen sowie eine tiefgreifende progressive Vermögensabgabe verbunden werden, Sachwerte und Geldvermögen sind dabei gleichzustellen.

Die Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften sieht mit Besorgnis, dass die am Hitlerregime und dem Kriege hauptverantwortlichen reaktionären und militärischen Kräfte, die im Monopolkapitalismus und der Verwaltung verankert waren, ihre Positionen zum Teil halten bzw. versuchen, sie zurückzugewinnen. Daher ist die sofortige Durchführung der von den Gewerkschaften gestellten Forderungen eine zwingende Notwendigkeit.

Die Gewerkschaften, die sich für den Frieden und den demokratischen Neuaufbau Deutschlands besonders verantwortlich fühlen und einsetzen, müssen durch ihren Zusammenschluss in ganz Deutschland zu einer einheitlichen Kraft werden. (Michael Schneider, S. 454/455)

Das war ein demokratisches Programm für den Aufbau Deutschlands, das nur einen Haken hatte: Unter den Bedingungen einer kapitalistisch-imperialistischen

Gesellschaftsordnung war dieses nicht durchzusetzen. Im besten Fall wäre es der Ansatz für die Entfaltung des demokratischen Kampfes und seine Weiterführung in den Kampf um die sozialistische Revolution gewesen. Dazu wäre aber absolute Voraussetzung gewesen, dass die entscheidende politische Kraft der Arbeiterbewegung, die Kommunistische Partei bzw. die SED (Zusammenschluß von KPD und SED in der sowjetischen Besatzungszone) die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution in diesen Kämpfen, als einzig wirksame Strategie, verankert.

KPD und SED

Die Grundsätze und Ziele der SED (beschlossen vom Vereinigungs-Parteitag von der SPD und der KPD, 21. – 22.04.1946) sind aufgeteilt in I. Gegenwartsforderungen und II. Der Kampf um den Sozialismus:

„I. Gegenwartsforderungen (...)

2. die Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltung

3. die Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform

4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen....

5. Überführung aller öffentlicher Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmungen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Ländern oder der gesamtdeutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften.... Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. ...

8. Achtstundentag als gesetzlicher Normalarbeitstag. ...

12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien." (KPD 1945-1968 Dokumente, Band 1, S. 198-200)

Wie man sieht, stellt die SED wie die Gewerkschaften die Forderung nach einer demokratischen Republik. Sie spricht zwar im Vereinigungsparteitag vom Ziel des Sozialismus, führt aber eine Zwischenetappe im Kampf für die proletarische Revolution in einem imperialistischen Land ein. Damit hat sie die Illusionen genährt durch Verstaatlichung der Schlüsselindustrien

würde dem Monopolkapitalismus der Boden entzogen. Anstatt die antifaschistische und demokratische Kampfbereitschaft der Werktätigen aufzugreifen und voranzutreiben, hat sie sich mit dem demokratischen Kampf im Rahmen der wieder angestrebten und wiederhergestellten kapitalistischen Wirtschaft beschränkt.

Marshall-Plan und DGB

1947 präsentierte die USA, die als einzig erstarkte imperialistische Weltmacht aus dem II. Weltkrieg hervorgegangen ist, den Marshall-Plan zum wirtschaftlichen Aufbau Europas, als Bollwerk gegen den Kommunismus. Um vom amerikanischen Kapital profitieren zu können mussten die Staaten die Verpflichtung eingehen, die US-Vorgaben einzuhalten. D.h., die kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Ein Berater der amerikanischen Militärregierung in Deutschland: "Das deutsche Volk soll sich keinen Illusionen hingeben. Der Marshall-Plan ist die konsequenteste Restauration des Privateigentums. Mit ihm ist keine Art von Sozialismus zu vereinbaren." (Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, S. 221)

Die Gewerkschaftsspitzen der westlichen Besatzungszonen stimmten dem Marshall-Plan und somit der westlich-parlamentarischen Demokratie zu. Dies war gleichzeitig die Zustimmung zur Teilung Deutschlands. Die Vertreter des FDGB lehnten den

Marshall-Plan auf der 8. Interzonenkonferenz, Mai 1948 ab. (Michael Schneider, S. 243)

General L.D. Clay (amerikanischer Oberbefehlshaber) lobte die Gewerkschaften, dass sie die "kommunistische Opposition gegen den Marshall-Plan in ihren Reihen besiegt hatten" und rechnet ihnen an, "dass sie eine maßvolle und konservative Politik verfolgten". (Frank Deppe, a.a.O., S. 32)

Erst nachdem sich die Westzonen im April 1949 zur sogenannten „Trizone“ zusammengeschlossen hatten, die Teilung Deutschlands endgültig beschlossen und die Gründung der Bundesrepublik vorbereitet war, konnten die Gewerkschaften im Oktober 1949 ihren Dachverband Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB für ganz Westdeutschland gründen.

Der DGB sollte jedoch nur ein schwacher Dachverband

16 autonomer Einzelgewerkschaften (5) werden. Im Gegenzug erhielten die Gewerkschaften die Finanz- (6) und Tarifautonomie. Das hatte verschiedene Gründe, vor allem lohnte es sich für die tonangebende westliche Besatzungsmacht USA, die Gewerkschaften auszubremsen. Denn die Basis der Gewerkschaften wollte eine demokratische Neuordnung der deutschen Wirtschaft, die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, staatliche Planung und Mitbestimmung.

Die Gewerkschaftsführungen setzten alles auf die politischen Mehrheitsverhältnisse nach der Wahl eines Parlaments, in dem die SPD als Arbeiterpartei ihre Forderungen unterstützen würde. Zumal: ihre

Sozialisierungsforderungen zielten nicht auf die Errichtung einer Zentralverwaltungswirtschaft nach sowjetischem Muster ab, so wie sie immer wieder betonten. "So sprach Hans Böckler bewusst von „Vergesellschaftung“, nicht von „Verstaatlichung“. Ihm ging es auch nicht um die gesamte Wirtschaft. Nicht der Tante-Emma-Laden oder die Strumpffabrik sollten enteignet werden, sondern die Schlüsselindustrien, vor allem Kohle und Stahl." (www.dgb.de)

Am 14.08.1949 fanden dann die Wahlen zum ersten Bundestag statt. CDU/CSU erhielten 139 Sitze in Bundestag, SPD 131, FDP 52, Bayernpartei 17, Deutsche Partei 17, KPD 15, Wirtschaftliche Aufbauvereinigung 12, Zentrum 10, Deutsche Rechtspartei 5, Sonstige 4. Nachdem es für die Sozialisierungsvorhaben und Wirtschaftsplanung keine parlamentarischen Mehrheiten gab, ließen die Gewerkschaftsführungen die Verstaatlichungsforderungen schnell fallen und setzten alles in die Mitbestimmung.

Am 15.09. wurde Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Nach dem Befehl der Besatzungsmächte wurde am 20.09. unter Führung von Adenauer die Regierung gebildet. Diese Regierungsbildung stellte die Vollendung der Spaltungspolitik der westlichen Imperialisten in Deutschland dar. Entsprechend ihrer bisherigen verräterischen Politik seit der Gründung von den ersten Gewerkschaften nach 1945 geht der DGB weiter den Weg des "sozialpartnerschaftlichen

Miteinander“ der Zusammenarbeit mit Staat und Kapital und setzte nicht auf Klassenkampf.

Remilitarisierung und KPD-Verbot

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland begann gleichzeitig die Remilitarisierung. Die KPD und demokratische-antifaschistische Werktätige nahmen den Kampf gegen die Remilitarisierung auf.

Der DGB hingegen stimmte bereits Anfang 1950 der Remilitarisierung zu. DGB-Vorsitzende Fette: „die Frage der militärischen Sicherheit und die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik ist eins“ (Rot Front, S. 39). 1950/1951 kam es zu massivem Widerstand gegen die Remilitarisierung an der Gewerkschaftsbasis. Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten sich an Kundgebungen und verweigerten Sonderschichten. Die Volksbefragung gegen Remilitarisierung wurde im April 1951 vom Staat kurzerhand verboten.

Die DGB-Führung mussten ihre Zustimmung zur Remilitarisierung 1954 wieder zurücknehmen. „Ein neuerlicher Kristallisationspunkt war die Debatte um die deutsche Wiederbewaffnung und den Wehrbeitrag im Rahmen des westlichen Bündnisses. Noch unter Böckler und Fette wurde die Wiederbewaffnung vom DGB akzeptiert, während die SPD sich vehement dagegen aussprach. ... 1954 drehte sich der Wind jedoch. Der DGB-Kongress gab mit überwältigender

Mehrheit ein Votum gegen die Wiederbewaffnung ab (DGB, „Die Geschichte des DGB“).

Gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr 1958, kam es zu spontanen Demonstrationen, Warnstreiks, Protestkundgebungen und Schweigemärschen.

Die Grundhaltung des DGB zur militärisch wiedererstarkenden BRD hat sich aber nicht geändert: „Als 1957/58 eine leidenschaftliche Debatte um die Ausrüstung der Bundeswehr mit Trägersystemen für Atomsprenköpfe entbrannte, beteiligte sich der DGB gemeinsam mit Intellektuellen an der Oppositionsbewegung und an dem am 10.3.1958 gegründeten Aktionsausschuss „Kampf dem Atomtod“. Der Bundestag sprach sich, womit zu rechnen war, mehrheitlich für die Stationierung aus. Die von einigen SPD-regierten Bundesländern angekündigten Volksabstimmungen zur Stationierung wurden vom Bundesverfassungsgericht mit der Begründung suspendiert, dass derartige Fragen eindeutig der Bundeskompetenz unterlägen. Daraufhin zogen sich SPD und DGB aus der Kampagne zurück. (DGB, „Die Geschichte des DGB“)

Um die nach wie vor sehr starken kommunistischen Einflüsse in den Gewerkschaften, in den Betrieben und unter den ArbeiterInnen auszulöschen, praktizierten der DGB und seine Einzelgewerkschaften in vorauseilendem Gehorsam den KPD-Verbotsantrag der Adenauer-Regierung vom 23.11.1951.

Staat und Kapital holten mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 zu einem weiteren Schlag aus. Den Aktivitäten der ArbeiterInnen in den

Betrieben, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit viele Rechte durchgesetzt haben, sollte endlich ein Ende gesetzt werden. Auch den Betriebsräten, die bei vielen Arbeitskämpfen und politischen Auseinandersetzungen ihre Funktion zur Mobilisierung der KollegInnen im Betrieb nutzten, musste Einhalt geboten werden. Sie sollten die Rolle, die ihnen das Kapital zusprach einnehmen: Ein staatstragender Ordnungsfaktor zur Wahrung des kapitalistischen Betriebsfriedens. Gegen den Gesetzesentwurf protestierten in der zweiten Maihälfte 1952 2,5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige. Es kam zu Warnstreiks, Demonstrationen, Kundgebungen. Höhepunkt der Kämpfe war der 2-tägige politische Streik der Drucker am 28. und 29. Mai. Noch vor dem ersten Spitzengespräch mit dem Bundeskanzler stellte der DGB-Bundesvorstand, der zu den meisten Kundgebungen und Demonstrationen aufrief, offiziell alle Kampfmaßnahmen ein. Am 19.07.1952 nahm der Bundestag mehrheitlich den vorgelegten Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes an.

Die Haltung der Gewerkschaftsführung zum „Betriebsfrieden“ war bereits 1951 klar. So brüstete sich der damalige Gewerkschaftsvorsitzende der IG Metall, Freitag am 17.04.1951:

„Wir als Gewerkschaften (damit meinte er selbstverständlich die Gewerkschaftsführer. A.d.Red.) haben Adenauer versprochen, den Betriebsfrieden zu garantieren.“ (Rot Front, S. 58)

Im Jahr 1955 kam es zu den größten Lohnstreiks seit 1945, mit einer bundesweiten Beteiligung von fast

600.000 Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten. Ein Höhepunkt war der von der KPD geführte Streik auf der Howaldt- und Stülcken-Werft ohne und gegen die Gewerkschaftsführung. Über 8.000 Werftarbeiter forderten „20 Pfennig Teuerungszulage“. Die Gewerkschaften verweigerten jegliche Unterstützung, da der Tarifvertrag noch Bestand hatte. Nach 12 Tagen Streik wurde ein neuer Lohnvertrag sechs Wochen vor Ablauf des alten Tarifs für hunderttausend MetallarbeiterInnen mit einer Lohnerhöhung von 12 bis 13 Pfennig abgeschlossen.

Am 17.08.1956 wurde die KPD verboten. In den Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Universitäten und im öffentlichen Dienst begann eine regelrechte Hetzkampagne gegen alle, die keine ablehnende Haltung zum Kommunismus einnahmen. Innerhalb kürzester Zeit wurden KommunistInnen und diejenigen, die sich nicht eindeutig von der KPD distanzieren, aus den Gewerkschaftsfunktionen entfernt. Selbst diejenigen, die sich für innergewerkschaftliche Demokratie aussprachen, wurden sofort ins kommunistische Lager gestellt, angeprangert und aus den Gewerkschaften verdrängt bzw. ausgeschlossen. Das Glaubensbekenntnis des DGB war: eine neutrale oder gar positive Haltung zum Kommunismus ist nicht mit dem Deutschen Grundgesetz und den Statuten der Gewerkschaften vereinbar. Wer des Kommunismus bezichtigt wurde, musste sich schriftlich von der KPD distanzieren. (7)

Auch in den nachfolgenden Jahren war und ist die ganze Politik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften

auf den "sozialen Dialog" mit dem Kapital und seinen Vertretern ausgerichtet. So verkündet der DGB stolz: "Die in Bad Godesberg 1959 und in Düsseldorf 1963 verabschiedeten Programme der SPD und des DGB waren weithin sichtbare Belege für die Ankunft der deutschen Arbeiterbewegung in der bürgerlichen Gesellschaft."

DGB und seine Kapitalgesellschaften

Die DGB Gewerkschaftsführer schlüpfen nach und nach selbst in die Rolle kapitalistischer Monopolmagnaten und bauten ihre DGB Gewerkschaftsunternehmen zu profitablen Kapitalgesellschaften aus. Ein Beispiel sei herausgegriffen: die Neue Heimat. Die gewerkschaftseigenen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen der Weimarer Zeit wurden im Mai 1933 vom Hitlerfaschismus enteignet und in Neue Heimat umbenannt. Nach dem Krieg wurde die Neue Heimat von der britischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und 1952 dem DGB übergeben. Ab 1954 schuf der DGB einen Großkonzern mit über 100.000 Wohnungen. 1963 hatte sich die Wohnungszahl auf 200.000 verdoppelt. 1982 machte die „Neue Heimat-Affäre“ dem DGB Unternehmertum einen schweren Strich durch die Rechnung. Neue Heimat Vorstandsmitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre hatten sich reichlich am Gewerkschaftsvermögen bedient und sich direkt auf

Kosten der Mieter die Taschen gefüllt. 1986 wurde die Neue Heimat symbolisch für 1 DM verkauft.

Ein weiteres Standbein war die Bank für Gemeinwirtschaft. Sie entstand aus Gewerkschaftsbanken und Konsumgenossenschaften, die sich 1956 zur BfG zusammenschlossen. Auch ihr sollte kein unternehmerisches Glück hold sein, sie wurde von anderen Bankgiganten aufgekauft.

Es zeigte sich im Laufe der Jahre, dass die Gewerkschaftsführer, zumindest was die Gewerkschaftsvermögen und -monopole angeht, nicht so ein goldenes Händchen hatten wie ihre Vorbilder die großen Finanzmagnaten. Sie setzten viele Gewerkschaftsgelder in den Sand. Heute gibt es nach wie vor die BAGAG, Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG. Viele ihrer Unternehmen und Gesellschaften (z.B. Versicherungen) wurden ausgegliedert, verkauft, oder von anderen Konzernen übernommen. Über die tatsächlichen Kapitalsummen und Geflechte der verschiedenen Beteiligungsgesellschaften hält sich die DGB Spitze immer sehr bedeckt. Heuchlerisch wird das damit begründet, das sei nichts für die Öffentlichkeit. Eine Aufschlüsselung über das Vermögen würde der Arbeitgeberseite die finanzielle Streikstärke preisgeben. Auf den Gewerkschaftskongressen gibt es geradezu konspirative Berichte über die Finanzsituation des DGB. Das soll heißen ein normales Gewerkschaftsmitglied versteht eigentlich nur Bahnhof. Auch hier gewerkschaftliche Demokratie einzufordern kommt dem berühmten Rufer in der Wüste gleich.

1968 und Gewerkschaftsopposition

Als 1967 die Profite zurückgingen und zum ersten mal seit Kriegsende massive Erwerbslosigkeit begann, wurde das Stabilitätsgesetz erlassen. Dessen Ziel war es, die privaten Investitionen durch Staatsausgaben und zurückhaltende Lohnpolitik zu fördern. Dies ging nur mit Unterstützung der Gewerkschaftsführungen. Diese nahmen unter der Bedingung, dass die Tarifautonomie nicht angetastet wird, an der „Konzertierten Aktion“ teil. Ganz im Interesse des Kapitals wurden von Seiten der Gewerkschaften niedrige Lohn- und Gehaltserhöhungen mit längeren Laufzeiten vereinbart. Als die Unternehmerprofite wieder stark anstiegen reagierten die ArbeiterInnen mit massiven Protesten und wilden Streiks auf ihre niedrigen Löhne und Gehälter (Septemberstreiks 1969). Offiziell gibt es bis heute keine „Lohnleitlinie“, an die sich die Gewerkschaftsführungen bei Lohn- und Gehaltsforderungen halten sollen. Aber bis heute finden jedes Jahr „informelle“ Gespräche zu Lohn und Gehalt zwischen Regierung, Kapital und Gewerkschaftsführungen statt.

Aber die Jahre Ende der 60er und die 70er hatten noch eine viel weitreichendere politische Rolle. Die Studentenbewegung 1968 rüttelte die Gesellschaft auf. Der alte Mief der 50er und 60er Jahre wurde über Bord geworfen. Sich auf den Marxismus-Leninismus berufende politische Strömungen wandten sich gegen den verbürokratisierten „Sozialismus“ der DDR und wandten sich den kämpferischen Befreiungsbewegungen, der Revolution in China und

Albanien zu. Im Mai 68 in Frankreich verband sich die kämpferische Arbeiterklasse machtvoll mit der Studentenbewegung. Die Frage nach dem System wurde gestellt. Viele Studenten in Westdeutschland und Westberlin gingen in die Betriebe. ArbeiterInnen organisierten sich offensiv in oppositionellen Gewerkschaftsgruppen, parallel entstanden Betriebszellen. Der Ruf nach klassenkämpferischen Gewerkschaften wurde lauter und organisatorische Strukturen wurden geschaffen. Politisierte MigrantearbeiterInnen aus faschistischen Ländern, wie Griechenland, Spanien, Türkei setzten sich mutig an die Spitze von Lohnkämpfen und radikalisierten sie. Die DGB Gewerkschaftsböden reagierten. Scheinradikal riefen sie zu Aktionen und teilweise auch zu Streiks auf. Auf der anderen Seite bliesen sie zur Hatz gegen die „Radikalen“ und erließen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Sie sind bis heute gültig. Das war ein weiteres wichtiges Instrument Gewerkschaftsdemokratie auszuhebeln. Die Liste der Gewerkschaftsausschlüsse im Geiste dieses „Unvereinbarkeitsterrors“ ist bis heute lang, sehr lang. Wenn Gewerkschafts-Mitglieder die Politik des „sozialen Dialogs“ von links kritisieren, werden sie nach wie vor des „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ bezichtigt und aus den Gewerkschaften ausgeschlossen.

Bei allen wichtigen politischen Entwicklungen und Klassenkämpfen, die es in der Gesellschaft nach Kriegsende gab (wie Remilitarisierung, Notstandsgesetze, Betriebsverfassungsgesetz, Bündnis für Arbeit, ...), hatte der DGB nur die Funktion inne,

sich zuerst in die Mitte oder an die Spitze der Bewegung zu setzen um ihr dann die Spitze abzubrechen. Er versuchte alle Widerstände in dieses kapitalistische Systems zu kanalisieren. Das gleiche Verhalten praktizierten die DGB-Gewerkschaften bei den wirtschaftlichen Forderungen der ArbeiterInnenklasse, wie Lohnerhöhungen, Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Ausgleichen für Nacht- und Schichtarbeit. Gepaart war diese Politik von Anbeginn mit einer Verbürokratisierung des Gewerkschaftsapparates, mit einer völlig undemokratischen Ausschaltung der Basis, der Ruhigstellung der selbsttätigen Aktivität der Arbeiterinnen in den Geschäftsstellen und Ortsvereinen „ihrer“ Gewerkschaften. Betriebsratsfürsten mit DGB Mitgliedschaft, die mittleren und oberen Funktionäre sind die tragende Stütze eines starren Systems, das alles vorsieht nur nicht die Mobilisierung der Mitglieder für ihre gewerkschaftlichen Interessen.

Mitbestimmung: Hand in Hand mit Staat und Kapital

Das vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften so viel gepriesene Wundermittel der paritätischen „Mitbestimmung - Erfolgsmodell für Deutschland und Europa“ (DGB Bundesvorstand, powerpoint Präsentation), hat sich als hohles Co-Management demontiert. So dürfen letztendlich die ArbeitnehmerInnenvertreter in Aufsichtsräten im

Interesse des Konzerns mitbestimmen, wie viele ArbeiterInnen entlassen werden müssen um den Konzern profitabel zu halten. Fürstlich entlohnt werden die Aufsichtsratsmitglieder ebenfalls: Lufthansa, ver.di Vors. Frank Bsirske, Mannesmann, der zurückgetretene ehemalige IG-Metall Vorsitzende Klaus Zwickel, (zeitgleich auch Aufsichtsrat von BMW und VW) um nur zwei Gewerkschaftsvertreter zu nennen. Auch wenn sie große Anteile dieser Einnahmen an gewerkschaftseigene Stiftungen abdrücken müssen, bleibt genug Spielraum. Zwickel wurde im Mannesmannprozess (Übernahme durch Vodafone) für die Zustimmung zu Abfindungen in Millionenhöhe angeklagt. Bei der Mitbestimmung in kleineren Betrieben verhält es sich nicht viel anders. Um aufzuzeigen, wie Betriebsratsfürsten für ihre Verdienste von der Geschäftsleitung gekauft werden, reicht das Beispiel des Betriebsratsvorsitzenden von VW, Klaus Volkert.

Der DGB ist nicht nur mit dem Kapital, sondern ebenso mit dem Staat verwachsen. Die Kommissionsarbeit der DGB-Funktionäre an vielen entscheidenden Gesetzgebungsverfahren ist ein Beweis. Die zahlreichen Verbindungen und Verwachsungen mit den Parteien von CDU über SPD, Grünen, teils auch mit der Linkspartei sind ein weiterer Beweis. Das zeigt, was von der angeblichen parteipolitischen Unabhängigkeit des DGBs zu halten ist.

Mit politischen Streiks wie mit der 2 minütigen bundesweiten „Arbeitsniederlegung“ anlässlich der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyers

demonstrierte der DGB auf welcher Seite der Gesellschaft er steht.

DGB heute

Die Quittung für diese Politik als Dienstleistungsunternehmen des Ausgleichs zwischen Arbeiter und Kapitalinteresse, zugunsten letzterer zu fungieren, haben die Gewerkschaften bekommen. Die Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften sprechen Bände. Von 1950 5,5 Millionen gab es einen kontinuierlichen Anstieg auf 7,9 Millionen im Jahr 1990. Nach der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus schnellte die Zahl auf 11,8 Millionen 1991 hinauf. 2006 ist die Mitgliederzahl auf einem Tiefpunkt von 6,5 Millionen angelangt.

Die DGB Gewerkschaften sind auf 8 Branchengewerkschaften zusammengeschmolzen: GEW, GdP, IG Bauen-Agrar-Umwelt (IGBAU), IG BCE, IG Metall, NGG, TRANSNET, und ver.di. Es gibt unterschiedliche Schätzungen aber es sind ca. nur noch 25% der werktätigen Menschen gewerkschaftlich organisiert. Der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern in Betriebsräten sank bei den Betriebsratswahlen 2006 erstmals unter 50%.

Gaben sich die DGB-Fürsten in Zeiten wachsender Konjunktur und satter Profite zu Zeiten des deutschen Wirtschaftswunder (Wunder für das Kapital - Niedriglöhne für die ArbeiterInnen auch schon in den 50er und 60er Jahren) noch manchmal wortradikal und

zogen schon mal mit 14% Forderungen in Tarifverhandlungen, haben sich die Zeiten drastisch gewandelt.

Heute im Zeitalter der Globalisierung, der weltweiten Verschärfung der Konkurrenz der Monopole ist ihre Hauptdevise "Zurückhaltung" – immer im Interesse des Kapitals und der Bindung des ArbeiterInnen an dieses System der Lohnsklaverei. Der DGB Bundesvorstand brüstet sich durch die „Mitbestimmung für den Betriebsfrieden zur sorgen“ (DGB Bundesvorstand, powerpoint Präsentation) und rechnet stolz vor: „Zwischen 2000 und 2002 gingen pro 1000 Beschäftigten in Deutschland durchschnittlich 4 Arbeitstage im Jahr wegen Arbeitskämpfmaßnahmen verloren - in Spanien waren es 276 (oh Schreck!) Tage.“ (S. 14) Die sensationelle Schlussfolgerung des DGB ist: in den Ländern wo es mehr institutionalisierte Mitbestimmung gibt - weniger Streik! Das Kapital dankt es den Herren Gewerkschaftsfürsten!

Die Gewerkschaftspolitik hat sich vor allem auf die Industriearbeiterschaft und unter ihnen auf die Facharbeiter der großen Konzerne gestützt und deren Forderungen auch besonders unterstützt. Dabei wurden die Organisierung und Vertretung der untersten Schichten des Proletariats, der nicht ausgebildeten ArbeiterInnen, Frauen, MigrantInnen, Leiharbeiter und Jugendlichen sträflich vernachlässigt. Damit wurde die vom Kapital gezielt verfolgte Spaltungsstrategie und Schürung der Konkurrenz der verschiedenen Schichten der ArbeiterInnenklasse bewusst mitgetragen.

Anmerkungen

(1) Fritz Tarnow: bis 1933 erster Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, nach 1945 Sekretär des Gewerkschaftsrates

(2) der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wurde 1949 in Köln gegründet.

(3) Das erlassene Betriebsrätegesetz regelte die Einrichtung und Tätigkeit von Betriebsräten zur Wahrnehmung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Betrieben.

(4) Hans Böckler (26.2.1875 - 16.2.1951), gelernter Silber- und Goldschläger. Gewerkschaft: seit 1894 Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV); Vertrauensmann; Bevollmächtigter; Bezirksleiter; Bezirkssekretär des ADGB; Mitglied des ADGB-Bundesausschusses; Mitglied im vorläufigen Zonenvorstand der Gewerkschaften in der britischen Zone; Vorsitzender des DGB (britische Zone) und Vorsitzender des Gewerkschaftsrates der britischen und amerikanischen Zone; DGB-Vorsitzender bis 1951. Partei: SPD-Mitglied seit 1894; Stadtrat; Mitglied der Kölner Stadtverordnetenversammlung; Mitglied des Reichstages; Mitglied des Landtags NRW.

(5) IG Bau-Steine-Erden, Gew Gartenbau, (heute IG BAU); IG Bergbau und Energie; Gew Leder; IG Chemie-Papier-Keramik (heute IG BCE); Gew Holz und Kunststoff; Gew Textil und Bekleidung; IG Metall (IG Metall); Gew Öffentl. Dienste, Transport u Verkehr, Deutsche Postgewerkschaft, Gew Handel, Banken und

Versicherungen, IG Druck und Papier, Gew Kunst (alle heute ver.di); Gew der Eisenbahner Deutschlands (Transnet); Land- und Forstwirtschaft; Gew Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG).

(6) Finanzautonomie: die Gewerkschaften sind autonom bei der Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und bei allen Unterstützungen, z.B. Streiks, Aussperrungen, Krankengeld.

(7) siehe beide Artikel in den TA Ausgaben Nr. 41 und 42 „50 Jahre KPD-Verbot – sind 50 Jahre zuviel!“

Anhang:

Erstes Grundsatzprogramm des DGB (1949)

A. Wirtschaftspolitische Grundsätze des DGB

Die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Werktätigen wahr. Sie setzen sich für eine Wirtschaftsordnung ein, in der die soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen Arbeit und Existenz gesichert sind. Die Wirtschaftspolitik ist eines der wichtigsten Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Gesamtleistung. Sie ist zugleich ein Kampfplatz, auf dem sich entscheidet, wie viel die einzelnen Interessengruppen an Arbeit und Leistung für die Gesamtheit aufzubringen haben und in welchem Umfange sie am volkswirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden. Von diesen Tatsachen ausgehend, erheben die Gewerkschaften die folgenden

Grundsatzforderungen:

I. Eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigen Bedarfs sichert.

II. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.

III. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

IV. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen.

Eine solche wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft triumphiert. ...

2. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum ...

Die Gewerkschaften fordern daher, gestützt auf die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes, die Vergesellschaftung der gewerblichen Urproduktion (Kohle-, Erz- und Ölgewinnung), der Basisindustrien

(Eisen- und Stahlerzeugung, Industrien chemischer Grundstoffe), der Energiewirtschaft, der Versorgungsbetriebe, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute. Die Überführung in Gemeineigentum soll nur in Ausnahmefällen, in denen dies besonders zweckmäßig erscheint, durch Verstaatlichung erfolgen. Im allgemeinen sind besondere Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu bilden. In allen Aufsichts- und Verwaltungsorganen ist den Gewerkschaften ein maßgeblicher Einfluss einzuräumen. Nur so ist es möglich, die Produktion der Grundstoffindustrien zu lenken; die Kapazitäten dieser Industrien dem Bedarf anzupassen und entsprechend auszunutzen;

die Verteilung der entscheidenden Grundstoffe auf die volkswirtschaftlich zweckmäßigste Weise vorzunehmen; eine demokratische Kontrolle dieser Unternehmungen zu sichern, deren Vorstände heute keiner wirklichen Kontrolle unterliegen;

die privatwirtschaftliche Ausnutzung dieser Schlüsselpositionen, z.B. in Form unangemessener Monopolpreise, zu verhindern;

den politischen Missbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen, z.B. die Korruption der öffentlichen Meinung, der Parteien und des Staatsapparates mit Hilfe finanzieller Zuwendungen, unmöglich zu machen.

3. Demokratisierung der Wirtschaft notwendig

...Eine demokratische Führung der Wirtschaft darf nicht durch privatwirtschaftliche kartell- und monopolartige

Einrichtungen und Abreden untergraben werden. Daher wird die staatliche Kontrolle derartiger Gebilde unter Beteiligung der Gewerkschaften gefordert. Auszüge aus einem amerikanischen Geheimdienstbericht über den: "kommunistischen Einfluss in den Gewerkschaften der US-Besatzungszone"

GEHEIM

Informationen, die über das Ausmaß kommunistischer Einflussnahme in den Gewerkschaften der amerikanischen Zone zur Verfügung stehen.

Parteimitgliedschaft (...) Allgemein gesagt und wie erwartet kann man davon ausgehen, dass der Prozentsatz der KP-Mitglieder in den Gewerkschaften wesentlich höher ist als in der Gesamtbevölkerung. Manpower Division betont jedoch nicht allein ihre zahlenmäßige Stärke als Maßstab zur Bewertung der Einflussnahme der Partei, da sie einen Einfluss ausüben, der weitaus größer ist als ihre zahlenmäßige Stärke. (...) Das Problem besteht darin, kommunistische Einflussnahme auf der gesamten Gewerkschaftsebene zu minimieren und auszuschalten. Das schließt politische und gesetzgeberische Maßnahmen ein, ebenso wie grundlegende Gewerkschaftsaktivitäten bezüglich Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen. Dies muss geschehen, um sicherzustellen, dass die sozialen und wirtschaftlichen Grundmuster, die z. Zt. für Deutschland festgelegt werden, mit unseren

Vorstellungen von Demokratie übereinstimmen und dass die Ziele des ERP ("Marshall-Plan") erfüllt werden.

Was Manpower Division zur Problemlösung tut (...) Unsere Abteilung glaubt, dass die Aufgabe, das Kommunistenproblem in den Gewerkschaften in den Griff zu kriegen, nur mit Hilfe der demokratischen Elemente innerhalb der Gewerkschaften selbst erfüllt werden kann. Zum Glück haben die Gewerkschaften in der amerikanischen Zone eine erfahrene, zuverlässige Führung, die absolut wachsam gegenüber der kommunistischen Gefahr ist. Aber sie brauchen Unterstützung – und zwar solche, die wie so oft nur die Militärverwaltung geben kann. Mit all unseren Kräften helfen wir diesen demokratischen Elementen, ihre Aufgabe gut zu erfüllen und den Kontakt zur breiten Masse ihrer Mitglieder zu halten. (...) Auf der anderen Seite versuchen wir, kommunistische Einflussnahme auf den gesetzgeberischen und politischen Gebieten, die wichtig sind für Arbeiterorganisationen, sowie in den Gewerkschaften selbst aufzuspüren, zu isolieren und schließlich die einzelnen Verantwortlichen zu entlarven. Für dieses Programm müssen wir zu allererst verstehen, worin das kommunistische Programm besteht und wie sie es verwirklichen wollen. Deshalb muss Manpower Division alle verfügbaren kommunistischen oder kommunistisch beeinflussten Veröffentlichungen sowie Geheimdienstberichte sorgfältig studieren, mit dem Bestreben, über diese Dinge genauestens auf dem laufenden zu sein.

Kommunistische Einflussnahme kann nicht von Leuten aufgespürt oder erkannt werden, die nicht in allen Einzelheiten mit kommunistischer Politik und Taktik vertraut sind. Indem wir diese Informationen als grundlegenden Maßstab nutzen, versuchen wir dann, politische, gesetzgeberische und interne Aktivitäten der Gewerkschaften zu analysieren und zu bewerten, um kommunistische Einflüsse aufzuspüren. Manpower Division versucht auch gerade, Kaderlisten mit Gewerkschaftsfunktionären zu sammeln und diese auf ihre politische Zuverlässigkeit hin zu durchleuchten.

Wir sind allerdings davon überzeugt, dass es ein schwerer Fehler wäre, anzunehmen, dass die o.g. Maßnahmen ausreichen, um kommunistische Einflussnahme tatsächlich einschätzen zu können. Es ist eine Tatsache, dass in vielen Fällen die Personen, die den größten Einfluss auf die Politik und die Aktivitäten der Gewerkschaften ausüben, weder gewählte noch ernannte Gewerkschaftsfunktionäre, noch Mitglieder der KPD und manchmal nicht einmal Deutsche sind.

Oftmals sind die einflussreichsten und daher gefährlichsten Personen solche Leute, die wir in den Vereinigten Staaten als „fellow traveler“ (Sympathisanten) bezeichnen. Unser Ziel ist es, diese Personen ebenso wie Parteimitglieder auszumachen und zu entlarven. Z. Zt. konzentriert Manpower Division ihre Hauptanstrengungen auf die Industriezentren wie Augsburg, Nürnberg, Mannheim, Hanau, Offenbach und Kassel, wo wie wir wissen kommunistische Einflussnahme besonders stark in wichtigen Werken und Industriezweigen ist. Das Ausmaß unserer

Fortschritte und der Grad der Exaktheit bei der Ausführung dieses Programms wird durch das zur Verfügung gestellte Personal bestimmt. Nach reiflicher Überlegung sind wir zu der Einschätzung gelangt, dass dieses Programm mit normalen Polizei- und Geheimdienstmethoden nicht erfolgreich durchgeführt werden kann. Es muss von solchen Leuten übernommen werden, die die Gewerkschaftsbewegung verstehen und die das Vertrauen der Gewerkschaftsführer gewinnen können. Und zwar deshalb, weil ein positiver und ein negativer Ansatz benutzt werden müssen. Wir dürfen nicht zulassen, dass vertrauenswürdige Gewerkschaftsführer in die schwierige Lage versetzt werden, über ihre unzuverlässigen Funktionäre und Mitglieder zu informieren. Sie können uns am besten helfen, indem sie auf den Funktionärs- und Mitgliederlisten diejenigen kennzeichnen, die sie als absolut vertrauenswürdig einschätzen. Diejenigen, die nicht so beurteilt werden, werden als Negative eingestuft, und andere Methoden werden angewandt werden, um ihre politische Richtung zu bestimmen; das Wort „Richtung“ wird hier im übrigen ganz bewusst anstelle von „Parteimitgliedschaft“ verwendet.

BIPARTITE CONTROL OFFICE

Manpower Group APO 757, US. Army 8. April 1949

Betr.: Aktivitäten des KPD beherrschten Betriebsrates des Opelwerkes

An: Mr. Leo R. Werts, Manpower Adviser OMGUS, APO 742, U, S. Army (...)

2. Mr Zdunek berichtete, dass der Betriebsrat in seinem Werk ihm eine Forderung nach einer Erhöhung des Stundenlohns um 15 Pfg. für alle Lohngruppen vorlegte. Er wusste genau, dass der Betriebsrat des Opelwerks von der KPD beherrscht wird. Er erklärte, dass seine Organisation nicht die geringste wirtschaftliche Schwierigkeit haben werde, die Lohnerhöhung zu gewähren, er aber dennoch gerne unsere Empfehlungen hören möchte, welche Schritte er unternehmen solle wegen der politischen Bedeutung. Die Betriebsratswahl vom Sept. 1948 wurde besprochen, und er war sich darüber im klaren, dass die KPD die Wahl mit Unterstützung der Links-Sozialisten gewonnen hatte, weil SPD und CDU versäumt hatten, eine gemeinsame Liste aufzustellen.

3. (...) Mr Spencer und der Unterzeichnete (Sam G. Wynn, Deputy Chief) ermutigten Mr. Zdunek, die Lohnerhöhung zu verweigern, in der Hoffnung, dass der KPD-beherrschte Betriebsrat entweder versuchen werde, das Werk zu bestreiken und die Lohnverhandlungen somit der Gewerkschaft überließe oder aber aufgrund der mangelnden Unterstützung unter den Arbeitern die Kraft zum Streik verlieren werde. (...)

6. Es wird vorgeschlagen, folgende Schritte zu unternehmen:

a) Mr Stark oder vorzugsweise Mr Northey (falls er zur Verfügung steht) werden angewiesen, eine gründliche Untersuchung der KPD-Aktivitäten im Werk zu machen.

b) Mr. Freytag von der IG Metall wird über den Vorschlag informiert und darum gebeten, alle

möglichen Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, zu nutzen, z.B. die Verweigerung finanzieller Unterstützung im Falle eines Streiks oder eine Pressekampagne seitens der Gewerkschaft gegen die Aktivitäten des Betriebsrates usw.

c) Mr. Putz, A. F of L., soll uns helfen, Unterstützung für die IGM zu gewinnen, denn die KPD will z.Zt. der IGM einen Schlag versetzen, indem sie eine weitere Lohnerhöhung sichert.

d) Schließlich wird empfohlen, dass Manpower eine echte Chance erhält, beim Kampf gegen die KPD mitzuwirken, falls dieses Projekt erfolgreich durchgeführt wird. Dieses Werk (d i. Opel) wird als führend angesehen und als eines der Bollwerke der KPD in der IGM.

(Deppe, "Einheitsgewerkschaft-Quellen, Grundlagen, Probleme", S.188)

Thesen: Der DGB ... gestern und heute – Akteur des kapitalistischen Systems

1. Kurz nach Ende des zweiten Weltkrieges begannen antifaschistische, linke sozialdemokratische und kommunistische ArbeiterInnen mit der Organisierung und dem Wiederaufbau von Gewerkschaften. Der Plan der antifaschistischen und kommunistischen Kräfte, vor allem der KPD war der Aufbau eines demokratischen antifaschistischen Deutschlands, dessen Schlüsselindustrien vergesellschaftet sind. Von Deutschland sollte nie wieder Krieg ausgehen. Dafür wurde eine Entnazifizierung der Gesellschaft und die Verhinderung der Remilitarisierung gefordert. Von Anfang an hat die KPD die sozialistische Perspektive zu wenig in die Tageskämpfe und die Gewerkschaftsarbeit hineingetragen. Um eine erneute Spaltung der ArbeiterInnenklasse zu verhindern war klares Ziel: die Einheitsgewerkschaft.

Um den anwachsenden und starken Einfluss der Kommunisten und Antifaschisten in den neuentstandenen gewerkschaftlichen Organisationen aufzuhalten und zurückzudrängen, setzten die anglo-amerikanischen Siegermächte auf den Aufbau von Gewerkschaften in ihrem kapitalistischen Interesse. Dafür unterstützen sie die reaktionären, sozialdemokratischen Gewerkschafter.

So wurde der DGB-Apparat von Beginn an mit finanzieller und materieller Unterstützung der

westlichen Siegermächte aufgebaut. Sowohl die Struktur als auch die politische Ausrichtung wurde von ihnen vorgegeben. Der DGB war von Beginn an eine gelbe, reaktionäre Gewerkschaft, die im Interesse des Kapitals eingesetzt wurde. Sie verfolgte die Aufgabe die berechtigten Forderungen der ArbeiterInnen scheinbar anzunehmen um sie dann im Sinne des Kapitals umzuwandeln. Der DGB und seine Gewerkschaften traten als Vermittler zwischen Kapital und der ArbeiterInnen auf, und nicht als wirkliche Interessenvertreter der Arbeiterklasse.

2. Der DGB setzte von Anfang an nicht auf die Kampfkraft der Arbeiterinnenklasse, verteidigte nicht ihre grundsätzlichen ökonomischen, demokratischen Interessen, mobilisierte nicht für den Kampf gegen das kapitalistische Lohnsystem, sondern setzte auf „Sozialpartnerschaft“, „Interessenausgleich“ und die parlamentarische Unterstützung der SPD. So haben sie sich, entgegen der von den Werktätigen und auch im eigenen Programm geforderten „Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und der Banken, Versicherung“ mit der gesetzlich verankerten „Mitbestimmung“ abspeisen lassen. Die Ankunft des DGB im kapitalistischen System begann schon mit seinem Aufbau.

3. Bei allen gesellschaftspolitischen Entwicklungen ging die DGB-Führung „Hand-in-Hand“ mit der wiedererstarkenden westdeutschen Wirtschaft. Er war Helfershelfer der Adenauer-Regierung bei dem KPD-Verbotsantrag (23.11.1951) um die sehr starken

kommunistischen Einflüsse in den Gewerkschaften, in den Betrieben und unter den ArbeiterInnen auszulöschen. Bei Aktionen und Streiks gegen die Remilitarisierung des imperialistischen Westdeutschlands, dem Betriebsverfassungsgesetz, den Notstandsgesetzen, setzte sich die DGB-Führung auf die Kämpfe der Werktätigen, um ihnen die Spitze abzureißen, faule Kompromisse durchzusetzen und sie schließlich abzuwürgen. Beim „Bündnis für Arbeit“, der „Hartz-Gesetzgebung“ und allen anderen „Reformen“ sind die Gewerkschaftsführungen selbst Teil dieser „Reformen“. In den Kommissionen arbeiten sie mit Staat und Kapital zusammen und verfassen die Gesetzesänderung mit.

4. Schlussfolgerungen für unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sind: Wir müssen in den Betrieben Maulwurfsarbeit für klassenkämpferische Gewerkschaften machen. Das ist unsere Perspektive und unser Ziel. Der DGB ist eine gelbe reaktionäre Gewerkschaft. Der verknöcherte DGB-Bürokratieapparat ist auf allen Ebenen mit Staat und Kapital verwachsen und nicht mehr umzuwandeln. Aber immer noch sind Millionen ArbeiterInnen in diesen Gewerkschaften organisiert und versuchen darin ihre Interessen durchzusetzen. Wir arbeiten in den DGB-Gewerkschaften um eine revolutionäre Opposition herauszubilden, die an der Basis, im Zusammenschluß von organisierten und unorganisierten KollegInnen den Kern für klassenkämpferische Politik schafft.

Thesen: Kommunistische Partei und Gewerkschaft

„Und weil der Prolet ein Prolet ist,
drum wird ihn auch kein anderer befrei'n.
Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der
Arbeiter sein!“

Bertolt Brecht - Einheitsfrontlied

Um überhaupt die proletarische Revolution durchführen zu können, muss sich die Arbeiterklasse organisieren.

1. Kommunistische Partei

Die Kommunistische Partei (KP) ist die höchste Form der Klassenorganisation der Arbeiterklasse. Sie ist die Organisation der Revolutionäre, hier organisiert sich der bewussteste Teil des revolutionären Proletariats. Nur die KP ist in der Lage, die gesamte Arbeiterklasse mit all ihren Organisationen anzuleiten und zu führen.

„Die Partei verfügt über alle hierzu nötigen Voraussetzungen, erstens, weil die Partei das Sammelbecken der besten Elemente der Arbeiterklasse ist, die mit den parteilosen Organisationen des Proletariats unmittelbar verbunden sind und diese sehr oft leiten; zweitens weil die Partei, als Sammelbecken der Besten der Arbeiterklasse, die beste Schule von Führern der Arbeiterklasse, dank ihrer Erfahrung und Autorität die einzige Organisation bildet, die fähig ist, die Leitung des Kampfs des Proletariats zu

zentralisieren und auf diese Weise alle wie immer gearteten parteilosen Organisationen der Arbeiterklasse in Hilfsorgane und Transmissionsriemen zu verwandeln, die sie mit der Klasse verbinden.“ (J. Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“, SW, Band 9)

2. Massenorganisationen

Weitere Organisationen der Arbeiterklasse sind ihre Massenorganisationen. Dazu gehören: Gewerkschaften, Betriebsorganisationen, Frauenvereinigungen, Presse- und Kulturzusammenschlüsse, Jugendverbände, Migrantenorganisationen, Erwerbsloseninitiativen, Sportvereine.... Massenorganisationen sind überwiegend parteilose Organisationen, d.h., dass sie organisatorisch nicht direkt zur KP dazugehören. Dass es sich bei diesen Organisationen um Klassenorganisationen des Proletariats handelt, bedeutet nicht automatisch, dass diese auch klassenbewusste Organisationen sind. Nur durch die ideologische Führung der KP können sie zu solchen werden.

3. Die Kommunistische Partei

und die Massenorganisationen der Arbeiterklasse
Ohne Leitung der KP können die Massen keinen erfolgreichen Kampf gegen das Kapital führen. Ihre Kämpfe bleiben blind, ziel- und orientierungslos. Die KP kann nur in engster Verbindung mit der großen Mehrheit der kämpfenden Massen den Krieg gegen das Kapital gewinnen. Die Aufgabe der KP ist es, in den Massenorganisationen zu arbeiten und die Massen in

der Praxis des Klassenkampfes von der revolutionären Politik zu überzeugen, so dass diese zur eigenen Politik der Massenorganisationen wird. Massenorganisationen sind wichtige Bindeglieder zwischen KP und den Massen. Unter Führung der KP sind sie unverzichtbare Organisationen der proletarischen Revolution.

4. Gewerkschaften

Unter den Massenorganisationen nehmen die Gewerkschaften eine herausragende Rolle ein. Sie sind das breiteste Sammelbecken der ArbeiterInnenklasse. Sie sind aufgrund ihrer Stellung im kapitalistischen Ausbeutungssystem in der Lage, mit ihren Aktionen das Kapital an der empfindlichsten Stelle zu treffen.

Gewerkschaften sind entstanden, um die Konkurrenz der Arbeiter auszuschalten, um vereint als Klasse gegen die Kapitalisten zu kämpfen. Gewerkschaften haben ihren Ursprung in der Notwendigkeit, dass sich die Arbeiter gegen die zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung der Kapitalisten zusammenschließen müssen, um der Willkür der Ausbeuter etwas entgegenzusetzen.

Gewerkschaften sind Organisationen zur Verteidigung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter im Kapitalismus, sowie ein Kampfinstrument gegen das System Lohnsklaverei. Gewerkschaften sind eine Schule des Klassenkampfes. Gewerkschaften sind eine einfache Form des Klassenzusammenschlusses. Ihre Rolle ist zentral als Transmissionsriemen, der die KP mit den breiten Arbeitermassen verbindet.

5. Kommunistische Partei und Gewerkschaften und die Aufgaben der KommunistInnen in den Gewerkschaften

Für die Revolution sind klassenkämpferische Gewerkschaften Voraussetzung. Dafür müssen die KommunistInnen die in den reaktionären Gewerkschaften organisierten ArbeiterInnen dem Einfluss der Gewerkschaftsbürokratie entreißen. Ziel ist die Gewinnung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen für den Klassenkampf und die Revolution. Das bedeutet für uns, die Gewerkschaften zu erobern, was nicht heißt, den Apparat zu übernehmen. Der Apparat der gelben Gewerkschaftsbürokratie wird letztendlich zerschlagen und durch demokratische Strukturen der revolutionären Arbeiterklasse ersetzt werden müssen.

Die KP hat keine anderen Interessen als die werktätigen Massen. Als Teil der Arbeiterklasse organisieren sich die KommunistInnen in den Gewerkschaften. In diesen kämpfen sie zusammen mit den Massen für höhere Löhne und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Die KommunistInnen verbinden diese Kämpfe mit dem politischen Kampf um das Endziel, die sozialistische Revolution.

Die KommunistInnen kämpfen mit den fortschrittlichen Werktätigen zusammen gegen die Spaltung der Arbeiterklasse. KommunistInnen stellen sich in allen Kämpfen gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung von MigrantInnen, Frauen,

Arbeiterjugend und Erwerbslosen... Gegen die Spaltung der Arbeiterklasse setzen wir den proletarischen Internationalismus: In der BRD bedeutet das, den Hauptkampf gegen den Deutschen Chauvinismus zu führen und Unterstützung insbesondere der ArbeiterInnen aller Länder, die von unserem „eigenen“, dem deutschen Imperialismus ausgepresst werden. Um erfolgreich gegen das Kapital und die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse zu kämpfen, ist ein kontinuierlicher Kampf gegen die Arbeiteraristokratie zu führen, die die ideologische Hauptstütze der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse darstellt.

6. Der besondere Kampf gegen die Arbeiteraristokratie

Die herrschende Klasse besticht einen Teil der Arbeiterklasse und schafft sich so eine Oberschicht, eine privilegierte Minderheit des Proletariats. Aus dieser heraus wird die Arbeiteraristokratie herangezüchtet: Das sind die bezahlten Vertreter der Bourgeoisie, die die ArbeiterInnenklasse an sie binden, um ihre Kämpfe abzuwürgen. Das sind die Gewerkschaftsbürokraten und Betriebsratsfürsten. Viele sind als Funktionäre der Sozialdemokratie und damit Teil der Bourgeoisie selbst. Stalin charakterisiert die Arbeiteraristokratie als den Teil der Arbeiterklasse, der erstens die bestochene Oberschicht ist, der zweitens eine Politik der faulen Kompromisse macht und der drittens mit den Herrschenden mitgeht und daher Nährboden für Opportunismus ist.

Die Arbeiteraristokratie ist Bestandteil des imperialistischen Systems. Das ist eine, wie Lenin sagt, „Tendenz des Imperialismus“: Um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten, fördert die Bourgeoisie die Arbeiteraristokratie mal mehr, mal weniger.

Die Arbeiteraristokratie ist konterrevolutionär, der Kampf gegen sie ist untrennbarer Bestandteil des Kampfes für die proletarische Revolution.

Wir KommunistInnen müssen die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen unbedingt den Händen der Sozialverräter entreißen. Dazu müssen wir mit allen Kräften in den Gewerkschaften gegen die Arbeiteraristokratie kämpfen.

7. Ökonomische Kämpfe/ Politische Kämpfe

Bei ökonomischen oder auch Wirtschaftskämpfen geht es im Kapitalismus um die direkten materiellen Bedürfnisse der ArbeiterInnen, Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkämpfen; aber auch darum, erkämpfte Standards zu verteidigen. Diese Kämpfe können verschiedene Formen haben: „Dienst nach Vorschrift“, passiver Widerstand, Demonstrationen, Kundgebungen, Streik, Betriebsblockaden oder Besetzungen bis hin zum Generalstreik. Sie haben verschiedenes politisches Gewicht, je nachdem in welchem Industriezweig sie stattfinden und wie weit es gelingt sie zu Kämpfen der gesamten Klasse zu machen. Jeder ökonomische Kampf trägt in sich einen, wenn auch noch so kleinen, Keim des Klassenkampfes. Kein ökonomischer Kampf kann

aber die Ursache für die Ausbeutung, den Kapitalismus abschaffen. In Wirtschaftskämpfen schult sich die Arbeiterklasse für die kommenden Kämpfe.

Wir KommunistInnen haben die Aufgabe, den ökonomischen Kampf mit dem politischen zu verbinden und ihm unterzuordnen. Letztendlich müssen wir im revolutionären Kampf die Systemfrage offen stellen und den Klassenkampf zur Waffe für die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung machen. Im politischen Kampf werden die allgemeinen Klassenforderungen aufgestellt. Der politische Kampf kann reformistisch als auch revolutionär geführt werden. Unser politischer Kampf ist der revolutionäre. Wir KommunistInnen stellen alle ökonomischen und demokratischen Reformforderungen in den Dienst des revolutionären Klassenkampfes zum Sturz der Herrschaft des Kapitals.

8. Eroberung der ArbeiterInnen in den Gewerkschaften für die Revolution

Die KommunistInnen arbeiten in den Gewerkschaften/Massenorganisationen mit dem Ziel, die Massen von den ökonomischen Kämpfen hin zu führen zum politischen revolutionären Klassenkampf. Erst, wenn die Massen der ArbeiterInnen für die Revolution gewonnen sind, besteht überhaupt die Möglichkeit, dass diese erfolgreich ist. Die proletarische Revolution kann nur durch die revolutionäre Aktion des Proletariats und der werktätigen Massen selbst erstritten werden. Damit die Revolution zielgerichtet und siegreich ist, braucht sie die Kommunistische Partei, die diesen Kampf allseitig leitet und führt. Diese

Führung und Leitung der Massenorganisationen kann nur erkämpft werden durch Überzeugungskraft der KommunistInnen und ihre beispielhafte konsequente Arbeit innerhalb der Massenorganisationen.

9. Perspektive

Die Perspektive des gewerkschaftlichen Kampfes ist revolutionäre klassenkämpferische „Rote Gewerkschaften“ für die sozialistische Revolution schaffen. Diese „Roten Gewerkschaften“ kämpfen nicht nur für einen höheren Lohn, sondern für die Abschaffung der Lohnsklaverei und für den Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems. Je nach Stand des Klassenkampfes kann es notwendig sein, „Rote Gewerkschaften“ zu bilden, um die Millionenmassen der ArbeiterInnen im Kampf gegen das Kapital führen zu können. KommunistInnen sind für die größt mögliche Gewerkschaftseinheit. Wenn aber die reaktionären Gewerkschaften ihre Macht nur durch Spaltung der Gewerkschaften aufrecht erhalten können, ist es richtig, im Kampf für klassenkämpferische Gewerkschaften zur Gründung von „Roten Gewerkschaften“ überzugehen. Wichtig dabei ist, nicht mechanisch neue Gewerkschaften zu schaffen, was den klassenbewusstesten Teil der Arbeiterklasse von den breiten Arbeitermassen trennen würde. Die Gründung neuer Gewerkschaften ist nur dann richtig, wenn der Klassenkampf eine große Schärfe angenommen hat und der Großteil der ProletarierInnen das wahre Gesicht der reformistischen, gelben Gewerkschaftsbürokratie erkannt hat.

Was Tun?

Für den Aufbau der Kommunistischen Partei ist unsere erste Aufgabe, die Vorhut der Arbeiterklasse in den Betrieben zu gewinnen. Wir müssen uns in den Betrieben verankern, dort und in den Gewerkschaften die fortschrittlichsten Kräfte zusammenziehen und auf den Klassenstandpunkt vereinigen. Die ersten Schritte sind der Aufbau von Betriebszellen, die zu den wichtigsten Stützen der Organisierung der Arbeiterklasse werden. Als organisierte Kraft arbeiten wir in den Gewerkschaften um eine klassenkämpferische Politik durchzusetzen. „Jeder Betrieb sei unsere Festung“ (W.I Lenin).

Eine Auswahl von Schriften zum Weiterlesen:

(TA Nr. 9 Mai 1998 Thesen und Referat zum Parteaufbau S.14-26)

(TA Nr. 11)

(J. Stalin – Grundlagen des Leninismus – VIII Die Partei)

(Losowski – Streik als Schlacht)

(Kommintern – 5. Kongress – Referat Losowski)

(Lenin – Über die Gewerkschaftsbewegung)